

■ Margitta-Hollick-Weg

Den gibt's noch nicht in Leipzig. Aber die Hauptachse des neu entstandenen Stadtteilparks Reudnitz hätte den Namen verdient. **Seite 4**

■ Parteibuch auf den Müll?

„Hört auf, die SPD gesundzubeten“, sagen die einen. „Soll man unzufriedenen Mitgliedern ein Ultimatum stellen?“, fragen andere. Die Wahlalternative hatte zur Diskussion geladen. **Seite 7**

■ Arbeiter haben nicht versagt

LN-Serie zum Vorabend des ersten Weltkriegs: Leipzig widerlegt die Geschichtsfälschung, die Massen seien zum Krieg bereit gewesen. **Seite 12**

Mit Rad zum Rat



Schon über 38 000 Kilometer hat Ilse Lauter auf ihrem handgeschmiedeten Fahrrad aus einer Bremer Manufaktur zurückgelegt. Viele Ostermarsch-Touren gehörten dazu. Künftig wird die neue Stadträtin aus Grünau mit dem Rad zum Leipziger Rathaus fahren. Ausdauer und Kraft – was braucht ihre Fraktion mehr in dieser brisanten Zeit? Foto: Gerhard Märker

Seite 3

Terroristen offen benennen!

Die sogenannte Freiheit des Wortes ist ziemlich verhurt. Verkommen zu einem Freibrief, die Massen zu manipulieren. Komme mir jetzt bloß kein Besserwisser. Was der aufzählen würde, um mich mit meiner Behauptung in die Enge zu treiben, weiß ich selbst.

Dennoch. Ich bezweifle die Wirkung eines freien, eines ehrlichen und wahren Wortes in dieser kapitalkorrupten Gesellschaft immer mehr. So, wenn ich in der LVZ und all den anderen bürgerlichen Blättern täglich Aussagen lese wie: „Dass wir sparen müssen, weiß doch jeder.“ Ich weiß es nicht. Wozu? Deutschland ist ein superreiches Land (siehe Seite 7). Punkt.

Aber steter Tropfen manipuliert den Stein, höhlt ihn aus, macht ihn porös ... Und immer mehr Leute, die von ihrer Hände Arbeit leben müssen oder müssten, quatschen zum eigenen Trost die Armutsthese nach.

Und nun lese ich seit geraumer Zeit – konkret: seit es gelungen ist, den IG-Metall-Streik für die 35-Stunden-Woche auch im Osten abzuwürgen, und verstärkt, seit Siemens zum Großangriff auf den Flächentarifvertrag geblasen hat und die Multis von DaimlerChrysler bis MAN schon in der Spur sind: „Dass die Arbeitszeit erhöht werden muss, ist selbstverständlich.“

Wessen Selbstverständnis ist das? Ihres? Oder: „Dass in Deutschland mindestens 40 Stunden gearbeitet werden müssen, und zwar ohne Lohnausgleich, um wettbewerbsfähig zu bleiben, dass weiß doch jeder.“

Ich weiß es nicht.

Im Gegenteil. Jedes normale mathematische und logische Denken sagt, die Wochenstundenzahl muss gesenkt werden, damit Arbeitssuchende in Lohn und Brot kommen und die noch Arbeitenden (mit oft sogar unbezahlten Überstunden) nicht uferlos ausgebeutet werden können. Denn um Letzteres geht es. Um Extraprofit. Dafür geben sich Schreiberlinge her, die da „unten“ zu manipulieren. Dank des freien Wortes ist es schließlich jedem Deppen gestattet, sich Journalist zu nennen. Zum Dank dafür machen sie denen da „oben“ das Bett noch weicher – und hauen jenen, die ebenso auf das freie Wort pochen und dem Spar-Schmarrn mit sozialistischen Positionen gegenhalten, Populismus und unökonomisches Denken um die Ohren.

Aber wer geht hier und heute für die Freiheit der Wahrheit auf die Straße? Zudem, siehe Kommentar Seite 2, es wird flächendeckend beobachtet. Wer, der Arbeit behalten oder bekommen will, kann sich da noch Protest erlauben?

Die Diktatoren in Nadelstreifen, die in den diversen Vorstandsetagen hocken und die Politiker benutzen, die passenden Gesetze zu machen – das sind die akut gefährlichen Terroristen in diesem Land. Das sollte der Freiheit des Wortes zuliebe denn doch einmal klar ausgesprochen werden.

• MAXI WARTELSTEINER

Augen des Gesetzes?

Wenn man in einem Raum mit vier Fenstern eins vergittert, wäre es Selbstbetrug zu behaupten, man hätte die Sicherheit um 25 Prozent erhöht. Aber gerade so argumentieren Polizei und andere staatliche Institutionen in Bezug auf die immer stärker werdende Überwachung von öffentlichen Plätzen und Konzentrationen durch Video-Kameras. In den so überwachten Zonen sei die Kriminalität, etwa Drogendelikte, um soundsoviel Prozentpunkte zurückgegangen. In Wirklichkeit, so meinen selbst Vertreter der Gewerkschaft der Polizei, hat sich die Kriminalität nur auf Plätze außerhalb der Reichweite der Kameras verlagert.

Matthias Arzt und Peter Ulrich vom „Bündnis gegen den Krieg“ sind die Initiatoren des Projektes „Leipziger Kameras“, das seit Jahren auf die zunehmende Überwachung der Bürger in Leipzig aufmerksam macht. Am 16. Juli veranstalteten sie einen Stadtrundgang, um Interessenten auf die zahlreichen in der Innenstadt installierten Video-Überwachungskameras aufmerksam zu machen. 678 haben sie bereits einschließlich der Kameras in Geschäften und Kaufhäusern gezählt. Für sie bedeutet diese Praxis eine Verletzung des Grundrechtes auf informationelle Selbstbestimmung. Bekämpft werden müssen nach ihrer Ansicht stärker die gesellschaftlichen Ursachen für Kriminalität und die Ausbreitung von Armut.

Tatsächlich nimmt die Überwachung der Menschen – erinnert sei an die Diskussionen um den „großen Lauschangriff“ – immer größere Ausmaße an. Unter dem Schlagwort der „inneren Sicherheit“, der medial aufgebauten Bedrohung durch „Terrorismus“ und „organisierter Kriminalität“ wird die totale Kontrolle der Gesellschaft angestrebt. Überall werden Daten gesammelt, abgeglichen und ausgewertet.

Bei dieser Gelegenheit werden insbesondere oppositionelle und regimiekritische Kräfte beobachtet. Überwachungskameras sind dabei nur ein Teil der Kontrolle. Man wappnet sich für die sozialen Auseinandersetzungen, die bei Weiterführung der unsozialen Innen- und imperialistische Außenpolitik unausweichlich sind.

• M. BOLS

Neulich in der Straßenbahn ...

... traf ich einen Bekannten aus früheren Tagen. Am Hochhaus Wintergartenstraße vorbeifahrend, bewunderte er überschwänglich das hohe Gerüst. So eines hätten wir zu DDR-Zeiten gar nicht gehabt. Da musste ich ihm denn doch entgegenen, dass ein Gerüst hier gar nicht nötig war, weil alles mit dem Kran hochgezogen wurde, schließlich entstand der Bau in hochmoderner Gleitbauweise.

Aber er er wollte mein Argument nicht so richtig anerkennen. Immerhin hatte doch in der LVZ gestanden, dass die Bauarbeiter, weil die Aufzüge erst am Schluss eingebaut wurden, alles hochbuckeln mussten. Tja, LVZ lesen BILDET auch.

• K. W.

Preise klettern und klettern

Wer erhöhte sie am meisten und am höchsten?
Die LVB, die LVZ, die Stadtwerke ... ?

Leser hilf! können wir da nur noch sagen. Uns fehlt längst der Überblick angesichts des ungezügelter Zugriffs auf die Börsen der kleinen Leute – der notabene nur bestätigt, dass die freie Marktwirtschaft gar nichts regelt, außer, dass sie die Politiker dazu bringt, die „unten“ den Gürtel immer enger schnallen zu lassen. Deshalb hoffen wir, dass der eine oder andere Konsument noch die exakte Kontrolle hat, wer seit der sogenannten Wende am meisten zugeschlagen hat. Wir warten auf Post.

„Hartz IV – das ist Armut per Gesetz. Weg damit!“

Leipziger PDS startet Protest-Kampagne

LN. Trotz der mit den Ost-Ministerpräsidenten getroffenen Regelungen hält die PDS an ihrer Kritik an Hartz IV fest, möglicherweise sogar mit einer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe. Gleichzeitig wird sie den Betroffenen dieser Armuts-gesetze so wirksam wie möglich helfen.

In Leipzig beginnt die PDS unter dem Motto „Hartz IV – das ist Armut per Gesetz. Weg damit!“ eine Protest- und Aufklärungskampagne

gegen den drohenden Sozialraub. Dazu werden an zentralen Flächen (Litfaßsäulen usw.) über 100 Plakate offiziell geklebt und zusätzlich 5000 Flugblätter stadtwweit verteilt.

Der PDS-Stadtvorstand wird darüber hinaus die künftige Stadtratsfraktion bitten, sich möglichst frühzeitig mit den konkreten Auswirkungen von Hartz IV in Leipzig und entsprechenden kommunalpolitischen Aktivitäten der PDS zu beschäftigen.

Wozu noch Sportler?

Wozu brauchen wir noch Sportanlagen, Sportler oder Trainer, wenn andere über sie entscheiden? Am Wochenende wurde das Leipziger Zentralstadion zum wiederholten Male eröffnet (erste Veranstaltungen gab es zum Turnfest und seit März 2004 mit den Spielen des FC Sachsen Leipzig). Den Akt vollzogen eine stellvertretende Politprominenz und Leipzigs Oberbürgermeister – in der VIP-Lounge des Zentralstadions, ohne Zuschauer.

Diese zeigten sich dann zu Recht empört über das unsportliche Verhalten einzelner Verantwortlicher des Internationalen Fußballturniers, die entgegen allen Regeln

das fällige Elfmeterschießen unterbanden und die Mannschaften des FC Brügge und des FC Sachsen Leipzig auf Platz 3 setzten. Roter Stern Belgrad gewann dann nach einem guten Finalspiel im Elfmeterschießen gegen den deutschen Meister Werder Bremen.

Ähnlich könnte man auch die unsportlichen Entscheidungen des Bundes Deutscher Radfahrer gegen die Leipziger Radsportler Petra Roßner und Jens Lehmann sehen. Warum nehmen die sogenannten Sportfunktionäre den Sportlern nicht gleich auch die Leistungen bei der Olympiade ab? Die könnten dann ihre Erfolge bequem vom Fernseher aus feiern!

• H. E.

Demoskopische Geisterfahrer

LN. „Absolute Mehrheit für Sachsen-CDU?“ war eine Nachricht im Neuen Deutschland vom 19. Juli überschrieben. Der Vorsitzende des PDS-Stadtverbandes, Dr. Volker Külöw, kommentiert:

Bei den unkommentiert veröffentlichten Prognosen über den vermeintlichen Ausgang der sächsischen Landtagswahlen lohnt sich ein genauerer Blick auf die Primärquelle der Meldung – das Leipziger Institut für Marktforschung. Mit schöner Regelmäßigkeit veröffentlicht diese Einrichtung Umfrageergebnisse, die mit den späteren Wahlergebnissen nicht das geringste zu tun haben. Das gilt für alle Parteien, insbesondere aber für die PDS, die ihre vorhergesagten Prozente gelegentlich sogar verdoppelte. Die demoskopischen Geisterfahrer aus Leipzig genießen bei Insidern wegen ihrer exorbitanten Fehlerquoten fast schon Kultstatus. Insofern ist die vorhergesagte absolute Mehrheit der CDU in Sachsen ein Menetekel für die Schwarzen und ein gutes Omen für die Roten.

Wie schwer wir es uns immer mit dem 20. Juli gemacht haben, das zeigt sich an Leipziger Straßennamen. Bereits im Mai 1945 erhielt die heutige William-Zipperer-Straße den Namen Karl-Goerdeler-Straße, den sie aber bereits im August wieder abgab. Danach wurde die Zschochersche Straße in Carl-Goerdeler-Straße umbenannt und verlor diesen Namen 1953 wieder. Und im August 1945 wurde eine Straße nach Walter Cramer benannt. Im Juli 1947 erhielten fünf Straßen in Gohlis die Namen von Generalen und Offizieren des 20. Juli. Dabei handelte es sich um Friedrich Olbricht, der seine militärische Laufbahn in Leipzig begonnen hatte und um Claus Graf Schenk von Stauffenberg. Beide Namen wurden stets beibehalten. Anders bei Goerdeler. Der äußerst konservative ehemalige Oberbürgermeister Leipzigs fand keine Gnade vor der DDR-Geschichtsforschung. Dass er sein Leben im Kampf gegen Hitler ließ, konnte seine unsoziale Politik, sein zeitweiliges Zusammengehen mit den Nazis und seine konsequente Ablehnung alles Kommu-

Leipzig und der 20. Juli 1944

nistischen selbst noch im Widerstandskampf nicht vergessen machen. Auch die konservativen Militärs Beck, Hoepner und Witzleben mussten 1965 kommunistischen NS-Opfern weichen. Nach der Wende wurde Goerdeler in Leipzig zur Inkarnation des antifaschistischen Widerstandes gemacht, obwohl das in breiten Kreisen auf Unverständnis und Ablehnung stieß. Und der militärische Widerstand sollte den opferreichen Kampf der Arbeiterbewegung und liberaler Widerständler vergessen machen.

Die unbedeutende Leipziger Garnison spielte beim 20. Juli 1944 keine Rolle. Das bedeutet jedoch nicht, dass das Attentat auf Hitler an Leipzig spurlos vorbeiging. Neben der Verhaftung und Ermordung von Goerdeler und Cramer wurde auch in Leipzig die Aktion „Gitter“ in Bewegung gesetzt. Das war eine Verhaftungs- und Internierungsaktion gegen wirkliche und vermutete Hitlergegner und betraf durchaus nicht die konservati-

ven Sympathisanten des Militärputsches, sondern in erster Linie ehemalige Kommunisten und Sozialdemokraten. Wie viele von ihnen in Leipzig verhaftet wurden, ist wohl noch unbekannt, doch bekannt ist, dass Hermann Hausschild aus Liebertwolkwitz (KPD), Martin Kuhn (SPD), Arthur Mahler aus Zwenkau (KPD) und Richard Teichgräber (SPD) bei dieser Aktion verhaftet wurden und im KZ umkamen.

Unbekannt ist bisher weitgehend, dass auch in Leipzig ein Offizier der Wehrmacht verhaftet werden sollte. Dabei handelte es sich um den Hauptmann Kunrad Freiherr von Hammerstein, den Sohn des ehemaligen Chefs der Heeresleitung General der Infanterie Kurt Freiherr von Hammerstein-Equord (1930–1934). Als schwerverwundeter Panzeroffizier war er dauernd felddienstuntauglich geschrieben und zur Wehrbezirkskommandantur Leipzig kommandiert, um an der Universität sein Jurastudium

fortzusetzen. Er und sein Bruder Ludwig waren Gegner des Naziregimes und standen den Offizieren von Stauffenberg nahe. Hier in Leipzig studierte er nicht nur, sondern pflegte auch Umgang mit der Familie Goerdeler und deren Freunden. Nach dem 20. Juli 1944 war er sich bewusst, dass es nicht lange dauern würde, bis man auch nach ihm fahnden würde. Er bereitete sein Untertauchen vor. Und er wurde rechtzeitig gewarnt. Auf der Kommandantur verwaltete ein Feldwebel Breitmann aus der König-Johann-Straße 1 (Tschaikowskistraße) die Akten der versehrten Offiziere. Er wurde später von Hammerstein als Kommunist bezeichnet, was aber durchaus nicht zutreffen muss. Aber Nazigeegner war er auf alle Fälle, denn als eine Suchmitteilung nach Kunrad von Hammerstein bei ihm einging, warnte er diesen umgehend und half ihm obendrein bei der verdeckten Flucht nach Breslau. So konnte Hammerstein überleben und 1966 seine Erlebnisse in Leipzig in dem Buch „Flucht. Aufzeichnungen nach dem 20. Juli“ veröffentlichen. • DIETER KÜRSCHNER

Von Gottfried Braun

Nein, mit Hut habe ich sie noch nie gesehen, der scheint auch irgendwie nicht zu ihr zu passen. Wie eine Sportsfrau sieht sie aus, den Jubiläumsjahrgang 1954 glaubt man ihr nicht. Schon gar nicht nach dem Radurlaub bei Wind und Wetter. Die lange Tour entlang Main und Mosel forderte Muskeln und Willen, doch belebte die Sinne und lud neue Energie auf.

Die kann Dr. Ilse Lauter in den nächsten Jahren wahrhaftig gebrauchen. Bei der Stadträtewahl am 13. Juni erhielt sie im Leipzig-Grünauer Wahlkreis 7 das viertbeste Ergebnis sämtlicher 32 Bewerber und das zweitbeste der PDS-Kandidaten dieses Wahlkreises hinter dem Spitzenresultat von Dr. Dietmar Pellmann.

Name verpflichtet

Ilse Lauter wuchs als Jüngste von drei Geschwistern in Leipzig-Stötteritz auf, unweit vom Völkerschlachtdenkmal. Ihr Vater Hans Lauter, im Kriegsjahr 1914 geboren, von Beruf Glasschleifer, stammt aus dem Erzgebirge. Zehn Jahre saß er in Nazizuchthäusern. Älteren ist er als Dozent an der KMU, später als Sekretär für Kultur oder auch für Agitation/Propaganda der Leipziger SED-Bezirksleitung bekannt – und in guter Erinnerung.

Als er Bedenken gegen die Sprengung der Universitätskirche vorbrachte, gab es nach Meinung des SED-Bezirkschefs Paul Fröhlich in Leipzig keine Arbeit mehr für ihn. (Was die bürgerliche Journalistin unlängst aus dem Vorgang machte, als die PDS Lauter für die Bundesversammlung benannte, ist eine eigene Geschichte. Eine hundsgemeine.) So rückte der Vater 1969 seiner Heimat wieder näher: An der TH Karl-Marx-Stadt, später TU, nahm er wieder die wissenschaftliche Arbeit auf, promovierte 1974, brachte es zum Professor und hat bis zu seinem 66. Lebensjahr gelehrt. Bis heute – fast 90 – ist er ehrenamtlich aktiv.

Ihre ersten Schuljahre erlebte Ilse Lauter an der der POS Schönbachstraße – zur Erinnerung: einst kam man hierzulande mit der Zuckertüte in eine Polytechnische Oberschule! Die Humboldt-EOS (Erweiterte Oberschule) folgte; ihr Abitur machte sie in Karl-Marx-Stadt. Das Studium führte sie wieder nach Leipzig. Wenn man in einer mit der Arbeiterbewegung so verwachsenen Familie aufwuchs wie der ihren, dann lag die Wahl des Studienziels nicht fern: Lehrer für Marxismus-Leninismus/Wissenschaftlicher Kommunismus. 1976 machte sie ihr Diplom – Sohn Jan war da schon zwei Jahre alt, ein Jahr darauf kam Tochter Rita zur Welt. Ilse Lauter blieb an der KMU, arbeitete als wissenschaftliche Assistentin. Obwohl sie inzwischen drei Kinder zu betreuen hatte – 1982 wurde Anita geboren –, promovierte sie 1983 zur französischen Arbeiterbewegung. Die Französisch-Kenntnisse sollten ihr noch zustatten kommen.

Äußerlich verlief alles glatt. Doch die Krise der Gesellschaft, deren Führung sich noch immer auf die Bewegung berief, aus der sie großenteils stammte, kam schleichend – und dann implosionsartig. Dramatische Zeit für Menschen wie Ilse Lauter. Sie steckte nicht den Kopf in den Sand. Nie hatte sie sich vorgedrängt, war nicht karrierebedacht. Nun, im heißen Herbst 1989, wählten ihre Genossinnen und Genossen sie zur stellvertretenden Vorsitzenden der SED-Schiedskommission an der Uni, die unter anderem Partei-



Foto: Märker

Wie bringt sie das nur alles unter einen Hut?

Lebensfelder einer neu gewählten Stadträtin

verfahren überprüfte und manche Rehabilitation vornahm – was für die Betroffenen freilich bestenfalls noch moralische Bedeutung hatte. (Kommissionsvorsitzender war übrigens der Veterinärmediziner Knut Strittmatter, Sohn des Schriftstellers Strittmatter.) Nach dem „Wende“-Parteitag der SED im Dezember 1989 wuchs die Last der Verantwortung noch, die der jungen Frau aufgebürdet wurde: Abwicklung der SED-Kreisleitung an der KMU, von März bis Oktober 1990 Leitung der Geschäftsstelle der SED/PDS an der Uni, bis zur Auflösung der Betriebsparteigruppen. Heute ist kaum noch zu ermessen, was Ilse Lauter ohne Aussicht auf Dank auf sich nahm. War es auch der Wortsinn ihres Familiennamens, der ihr Kraft gab?

Existenzkampf

Ab 1. November 1990 war sie arbeitslos. Sie sah sich nach einer Fortbildung um und besann sich ihrer Sprachkenntnisse. Bis Mai 1992 pendelte sie zwischen Leipzig und Trier – Geburtsstadt einer nicht ganz unbekanntenen Person der Weltgeschichte – und qualifizierte sich zur EG-Fachreferentin. (Die EG, Europäische Gemeinschaft, ging der EU voraus.) Doch nur kurzfristig fand sie bei Firmen Arbeit.

Radikaler Szenenwechsel. Über Michael-Alexander Holzmüller – nach späterer Heirat nahm er ihren Namen an – lernte

sie das Ökodorf Auterwitz bei Döbeln kennen. Mit einem Zweijahresvertrag bildete sie hier Langzeitarbeitslose fort – die gab's ja mittlerweile in großer Zahl, darunter z. B. Melker. Nebenbei lernte sie spinnen, weben, stampfte beim Lehmbau mit den Füßen im Schlamm. Am wichtigsten waren soziale Erfahrungen: „Wenn man sieht, wie schwer sich Menschen mit Bruchrechnung tun, die nach der 7., 8. Klasse an Arbeit im Freien gewöhnt sind, dann wird einem jegliche intellektuelle Abgehobenheit ausgetrieben.“

Nach erneuter Arbeitslosigkeit hat Ilse Lauter 1996 Glück: Eine kleine private Bildungsfirma deutete offenbar „WK“ im Sinne von Pol. Ök. und stellte sie als Lehrerin für Buchführung ein. Wie ein Neulehrer nach dem Krieg hat sie dagesessen und gepaukt, bevor sie Auszubildende nachhelfend auf den Beruf vorbereitete! Der Unterricht schließt Arbeit am Computer ein – da hat Ilse in ihrem Micha wieder den idealen Partner. Seit '98 verdient der Umweltfachbearbeiter sein Brot freiberuflich als EDV-Trainer, angewiesen auf das Lotteriespiel mit der Arbeitsagentur, die Erwerbslose zur Weiterbildung schickt.

Herzessache Umwelt

Der heutige Vorsitzende des PDS-Ortsverbands Leipzig-West (Grünau) hatte schon 1990, noch vor der Gründung des

Landesverbands Sachsen der PDS, mit Gleichgesinnten die Ökologische Plattform in und bei der PDS gegründet; Ilse Lauter ist seit 1993 dabei. ADELE, wie sich die Plattform scherzhaft abkürzt, steht für **A**lternative **D**enk- und **L**ebensweise. Ihr geht es um Schutz der Umwelt, vernünftigen Energieverbrauch, reduzierten Müll, vor allem aber um intelligente Verbindung von Ökologischem und Sozialem. Beispiel: regionale Wirtschaftskreisläufe, die Ferntransporte ersparen. Sachsenweit vereint ADELE etwa 60 Mitstreiter, meist Mitglieder der PDS. Die Aktivsten haben um die Landtagsabgeordnete Andrea Roth einen Arbeitskreis gebildet. Sie konzipierten ökologische Leitlinien für Sachsen, aus denen sich nicht zuletzt Grundlegendes für die kommunalpolitische Arbeit ergibt. Auch der PDS-Stadtverband Leipzig gewann von solcher Zuarbeit.

Zweimal im Jahr trifft sich ADELE in Sachsen, diskutiert, hilft bei Forstarbeit, legt Spielplätze an ... Wenn irgend möglich, fahren die Lauters mit dem Rad zum Treffpunkt: Seit 1996 sind sie *autofrei*. Wer sie dann schnell noch beim Start in der Schrammsteinstraße erwischen will, muss schon Frühaufsteher sein!

Stimmt die Beobachtung, dass naturverbundene Menschen gern singen? Mangels Übung mag das heute nicht allgemeingültig sein, für Ilse Lauter aber trifft es zu. Seit drei Jahren gehört sie dem Leipziger Gutenberg-Chor an.

Neue Herausforderung

Mit Beruf, ADELE, Gesang und Familie hätte Ilse Lauter genug zu tun – schließlich hat sie inzwischen zwei Enkel. Aber ihre Partei schätzt ihre Fähigkeiten, ihr ausgewogenes Urteil, ihre Zuverlässigkeit. Und Anforderungen will sie sich nicht verweigern. So arbeitet sie in der Landesschiedskommission der PDS; als Mitglied der Antragskommission hatte sie vor und auf dem Programmparteitag Chemnitz 2003 ein hartes Pensum Redaktionsarbeit zu leisten, und sie gehört dem Vorstand des erwähnten Leipziger PDS-Ortsverbands an, der die Basisgruppen Grünau vereint. Wenn die Grünauer geraume Zeit vor der jüngsten Kommunalwahl den *Entwurf* der PDS-Wahlaussagen für ihr Wohngebiet erhielten – mit beigefügter Karte für Rückäußerungen – und auf Wortmeldungen umgehend Antwort bekamen, dann hat daran die neue Stadträtin wesentlichen Anteil.

Was brachte sie dazu, für Leipzigs Ratsversammlung zu kandidieren? „Zuvor hatte ich eigentlich nie mit dem Gedanken gespielt, im Stadtparlament mitzuwirken. Aber wenn ich las, dass Herr Tschense den WK 7 abreißen will, und erlebe, wie Grünau erst schlechtgeredet und dann leergezogen wird, dann hat mich das schon aufgewühlt. Die ganze Art, wie Politik in der Stadt verstanden wird, der Hang zu Großprojekten, die zu Lasten des alltäglichen Lebens durchgesetzt werden, die Orientierung auf Events und Festivals, das alles weckt das Bedürfnis, dagegenzuhalten und neue Prioritäten zu setzen.“

Und welches spezielle Arbeitsfeld hat sie im Blick? „Ich bin neu in der Fraktion, etwas Bestimmtes will ich nicht fordern. Umwelt, Finanzen, Soziales, eventuell Kultur kommen in Betracht. Am 5. August konstituiert sich die Fraktion – da werden wir uns abstimmen. Wo es am nötigsten ist, werde ich mich einsetzen. Also bitte noch etwas Geduld!“

Ilse Lauter wird auch die neue Aufgabe zusammen mit ihren vielen anderen unter einen Hut bringen: Eins greift ins andere.

Kürzlich wurde im Beisein von Oberbürgermeister Wolfgang Tiefensee ein 1 km langer Fuß- und Radweg auf dem Gelände des ehemaligen Eilenburger Bahnhofs eingeweiht.

Bürgermeister Holger Tschense sprach bei der Eröffnung davon, dass bei dem Projekt viele Ideen von Anwohnern und Schülern in nur fünf Jahren umgesetzt werden konnten. Er meinte wohl die reine Bauzeit. Denn die Idee, das stillgelegte und ehemals vorrangig als Güterbahnhof genutzte Areal in einen Park umzugestalten, ist viel älter und kam überhaupt erst von den Bürgerinnen und Bürger der benachbarten Stadtteile. Aufgenommen und in den Stadtrat getragen hat diese Idee PDS-Stadträtin Margitta Hollick. Das Baudezernat stellte sich Anfangs gegen die PDS-Initiative. Trotzdem fand der Antrag damals in der Stadtverordnetenversammlung die erforderliche Mehrheit.

Nun konnte also eine Parklandschaft als Grünzug inmitten der Stadt mit vielfältigen Angeboten entstehen: Spiel, Bolz- und Tobebelägen für Kinder und Jugendliche, Wege und Flächen für Freizeitsport und Bereiche zur Entspannung und Erholung

Langer Atem für Luftschneise und „Bürgerpark Reudnitz“

Einweihung des „Margitta-Hollick-Wegs“ am Eilenburger Bahnhof

vor allem für Ältere mit kurzen Wegeanbindungen an die benachbarten Wohnquartiere. Geklärt werden sollte auch eine mögliche Nachnutzung der unter Denkmalschutz stehenden Lokschruppen, die künftig an die ehemalige Nutzung erinnern würde. Von da an entwickelte sich die Initiative zum Selbstläufer. Im April 1993 fasste die Stadtverordnetenversammlung einen Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan und weitere Beschlüsse in den Jahren 1994 und 1997 für städtebauliche Sanierungsmaßnahmen in Leipzig-Reudnitz mit der Erweiterung der Sanierungsziele für den Bereich des ehemaligen Eilenburger Bahnhofs. Durch die Einfügung in das Sanierungsgebiet Reudnitz konnten Städtebaufördermittel eingesetzt werden. Landschaftsarchitekten fühlten sich herausgefordert und entwarfen einen Stadtpark, der dann 2002 mit dem Europäischen Preis für Landschaftsar-

chitektur ausgezeichnet wurde.

Der Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan „Eilenburger Bahnhof-Stadtpark“ wurde trotzdem erst im Juni 2000 (!) gefasst. 1999 war für den 1. Bauabschnitt zwischen Reichpietsch- und Eilenburger Straße der Bau- und Finanzierungsbeschluss bestätigt worden.

Die PDS-Fraktion war die ganzen Jahre am Ball geblieben. So fragte sie bereits in der Ratssitzung im April 1995 nach dem Planungsstand auf dem Areal des ehemaligen Eilenburger Bahnhofs. In der folgenden Zeit gab es wiederholt Versuche, die durchgehende Achse durch Verbindungsstraßen oder gar durch mehrgeschossige Wohnbebauung zu unterbrechen, hatten doch findige Investoren frühzeitig die Lage als Filetstück ausgemacht.

Radiale Grünzüge haben in den letzten Jahrzehnten als sogenannte Kaltluftschneisen für das Klima in einer Großstadt an Be-



deutung gewonnen. Mit der Eisenbahn sind die Großstädte im 19. Jahrhundert explosionsartig gewachsen. Die durchgehenden Gleistrassen wurden wegen notwendiger Anschlussgleise und Vorbehaltstrassen sowie aus Lärmschutzgründen breiter angelegt als unbedingt technisch notwendig. Ausnahmen bildeten dabei allerdings die Arbeiterwohngebiete der Gründerzeit, so auch die im Leipziger Osten oder Westen. Die durchgehenden Trassen ermöglichten eine schnelle Ableitung des Dampflokomotivenqualms und die Kaltluft-Zufuhr vom Stadtrand bis in die Innenstadt. Auch dieser Gesichtspunkt war für die

PDS-Stadtratsfraktion von besonderer Bedeutung, hatte sie doch im Mai 1993 einen Antrag für Maßnahmen zur Senkung der Luftverschmutzung gestellt, die trotz des industriellen Niedergangs der Stadt besonders durch den Kfz-Verkehr Anfang der 90er Jahre dramatisch zugenommen hatte.

Wenn auch ungewollt, symbolisiert die Länge des Weges zugleich den langen Atem, den Verwaltung und vor allem Stadträte bisher brauchten, um das Vorhaben bis zum heutigen Stand zu bringen.

In seiner Rede stellte Bürgermeister Tschense die Bezeichnung *Stadtpark Reudnitz* in Frage. Was ist an der Bezeichnung falsch? Ist ein modischer Name, vielleicht „Eili“, besser?

Besser wäre freilich die Bezeichnung *Bürgerpark Reudnitz*. Dieser Name würde dann nicht nur etwas über die Nutzung sagen, sondern auch davon künden, dass die Idee von den Bürgerinnen und Bürgern des Leipziger Ostens selbst kam. Mir würde „Margitta-Hollick-Weg“ für die durchgehende Rad-Geh-Bahn gefallen. Aber da wäre wohl nicht nur Margitta Hollick selbst dagegen.

• SIEGFRIED SCHLEGEL

Nunmehr findet eine unendliche Geschichte ihr Ende, nach dem sie auch in diesem Jahr wieder für Schlagzeilen gesorgt hatte. Sie begann in den ersten Jahren nach der Wende, als es ein Defizit an Hotels für die zahlreichen, in westlichen Bundesländern sesshaften, aber im Raum Leipzig die Woche über tätigen Leihbeamten und andere sogenannte Aufbauhelfer gab. Aus diesem Mangel entstand 1991 die Idee, in kurzer Zeit provisorische Hotels in Containerbauweise für eine Standzeit von fünf, maximal sieben Jahren zu errichten. Um nicht potentielle Baustandorte zu blockieren, wurden einige Areale, darunter im Bereich der Straße des 18. Oktober, am Deutschen Platz sowie eine Teilfläche des vorwiegend bei Fußballspielen im Bruno-Platze-Stadion genutzten Parkplatzes ausgewiesen. Letztere Fläche gehört zum Landschaftsschutzgebiet Etzoldsche Sandgruben.

*

Das jedoch in kürzester Zeit geschaffene neue Baurecht führte dazu, dass in Leipzig sehr schnell zahlreiche Hotels saniert bzw. neugebaut wurden. Damit sank der Bedarf an Provisorien. Nicht wenige aus dem Westen Gekommene entschlossen sich zudem, für immer hier zu bleiben und eine Wohnung zu mieten. Trotzdem hatte es 1993 ein Bauunternehmen aus dem Land Brandenburg wissen wollen. Es stellte den Antrag auf eine auf sieben Jahre befristete Sonder-

Neulast beseitigt

Leipzig ließ endlich die Bauruine „Containerhotel“ im Landschaftsschutzgebiet abreißen

genehmigung, ein Containerhotel in Probstheida zu errichten und zu betreiben.

Ein PDS-Stadtrat fragte den Wirtschaftsdezernenten Jacke, ob er es als sinnvoll erachte, in einem dreiviertel Jahr ein für sieben Jahre befristetes Provisorium zu errichten, wenn man in eineinhalb Jahren ein Hotel am endgültigen Standort für Jahrzehnte bauen kann. Jacke hielt die Frage für berechtigt, verwies aber darauf, dass die Stadt bereits Zusagen gegeben hätte. In der folgenden Zeit wurden auf der Parkplatzfläche an der Prager Straße mehrere Gebäude errichtet. Allerdings nicht in leicht demontierbarer Containerbauweise, sondern mit nur schlecht demontierbaren Fertigbauteilen und ungewöhnlicherweise mit Hartdacheleindeckung. Entsprechende Nachfragen in Ausschüssen wurden abgewehrt, man habe die Zusicherung des Investors zum Rückbau.

Eine unendliche, auch immer wieder in der Presse behandelte Geschichte nahm ihren Lauf.

*

Bereits 1996 hatte sich eine Stadtrats-Mehrheit, wenn auch knapp, für den Abriss der wegen der Insolvenz des Investors nur als Rohbau errichteten Gebäude und für die Wiederherstellung des Landschaftsschutz-

gebietes ausgesprochen. Dieses Landschaftsschutzgebiet ist die einzige durchgehende Biotopverbindung zwischen dem Leipziger Osten und Westen. Das Wirtschaftsdezernat aber hatte ohne Mandat über einen möglichen Weiterbau verhandelt und wollte sogar eine Option für eine Standzeit von 25 Jahren einräumen. Einzelne Stadträte unterstützten diesen Eiertanz, ohne sich daran zu stören, dass damit Naturschutzbelange geopfert werden. Dies zog sich bis 1999 hin. Noch im März hatte die PDS-Fraktion auf Vorschlag des Autors den Antrag gestellt: „Das Containerhotel an der Prager Straße wird abgerissen.“ In der Stadtratssitzung im Oktober des gleichen Jahres begründete Margitta Hollick den PDS-Antrag, der bei nur einer Enthaltung einstimmig angenommen wurde. Unklar ist, wieso bei klarer Rechtslage und eindeutigem politischen Votum des Stadtrates städtische Ämter weitere Verhandlungen geführt, Zusagen in Aussicht gestellt und die Investruinen so geschützt haben.

Und nun der plötzliche Abriss. Ein Sieg der Vernunft und der Demokratie? Auf jeden Fall hat sich die Stadtverwaltung ein für sie kritisches Problem vom Hals geschafft.

• S. SCHLEGEL

Viele Leipziger besuchten ihn schon, den Botanischen Garten in Großpöna/Oberholz. In Telefonbüchern aus DDR-Zeiten ist er auch unter *Berufsschulen* mit der Bezeichnung „Botanischer Garten für Arznei- und Gewürzpflanzen“ zu finden. In diesem auch für Laien interessanten Garten erhielten künftige Apotheker und Drogisten ihre praktische Ausbildung.

Ich war mehrmals dort und hatte immer den Eindruck, dass in dieser seltenen Ausbildungsstätte mit Kenntnis und Interesse an Pflanzen gearbeitet wird. Nach 1990 hat die Stadtverwaltung den Garten abgegeben. Er wird heute vom „Verein zur beruflichen Förderung von Frauen“ bewirtschaftet.

Vor kurzem war ich wieder einmal dort. Gleich vom Eingang her sieht man einen hässlichen, aus grauen Betonsteinen errichteten Rohbau ohne Dach, der früher nicht dort stand.

Ich erfuhr, dass ihn der inzwischen aufgelöste städtische „Betrieb für Beschäftigungsförderung“ (bfb) hingeklotzt hat. Es sollte ein Café bzw. eine Gaststätte werden. Im Botanischen Garten. Für den Weiterbau an diesem unsinnigen Projekt ist offenbar kein Geld da.

Viele Pflanzen im Garten machten einen kümmerlichen Eindruck. An Wassermangel kann es in diesem feuchten Sommer kaum liegen.

Seit 1990 wurde Gelände au-

ßerhalb des Garten dazugenommen. Dort werden, von der EU gefördert, nachwachsende Rohstoffe angebaut. Mir schien, dass die im Garten beschäftigten ABM-Frauen diesen Teil bevorzugt bearbeiten. In den Randbereichen des Gartens wächst das Unkraut; wenn nichts gemacht wird, wuchern sie zu.

Die ABM-Frauen arbeiten gewiss alle mit gutem Willen. Sie sind aber immer nur für sechs Monate angestellt und erleben so nie eine

ganze Vegetationsperiode. Ich kann mir auch vorstellen, dass sich bei mancher von ihnen die Lust an Gartenarbeit in Grenzen hält. Sicher auch, weil ihre Fähigkeiten und Fertigkeiten auf ganz anderen Gebieten liegen.

Im „Wochenkurier“ vom 30. Juni erschien ein wenig informativer Artikel unter der tendenziös-blöden Überschrift „Stalins Rache auf der Spur“. Im Botanischen Garten wächst nämlich der Riesenbärenklau, ein äußerst giftiges Kraut. „Die Pflanze ist nach Stalin benannt“, weiß Heike Holland, Leiterin des Botanischen Gartens, „weil sie irgendwann den Weg aus Russland zu uns gefunden hat.“

Aus dem Artikel konnte ich noch entnehmen, dass der Verein mit dem Wegfall der Sachkosten für ABM-Kräfte zu kämpfen hat.

Mein Gesamteindruck: Es geht abwärts mit diesem in jahrzehntelanger Arbeit geschaffenen Garten.

• MANFRED ERBE

Oberholz:

Schade um Botanischen Garten

Vorwärts in die Vergangenheit

VON MARC RANSTETTER

Mit Hartz IV geht es ans Eingemachte. Alles, was künftige Alo-II-Empfänger zu Geld machen können, muss aufgebraucht werden. Ob das die eigene Ehefrau oder die Lebensgefährtin sein kann, haben die Hartz IV-Macher zwar noch nicht entschieden, auch nicht, ob man eigene innere Organe, die man doppelt hat, zu Geld machen muss. Ansonsten dürfte alles für die künftige Bestreitung des Lebensunterhaltes erhalten müssen, bevor der Sozialstaat auch nur einen einzigen Cent zahlt. Ein Alleinstehender bekommt im Osten nur noch 331 Euro monatlich plus Unterkunfts- und Heizungskosten. Mehr nicht. Doch selbst davor haben die Hartz-Götter erst einmal den Schweiß gesetzt. Ab Mitte Juli bekommt jeder Langzeitarbeitslose einen Fragebogen zugeschickt. Dann heißt es, Hosen 'runter lassen. Die Fragen umfassen 16 Seiten. Zum Vergleich: Wer beim Gerichtsvollzieher ein so genanntes Vermögensverzeichnis ausfüllen muss, weil er arm ist und seine Rechnungen nicht mehr bezahlen kann, kommt mit maximal sechs Seiten aus. Da haben die Langzeitarbeitslosen erst einmal gut zu tun, sich durch die vielen Fragen zu wühlen – unentgeltlich, versteht sich.

All die Fragen müssen natürlich absolut wahrheitsgetreu beantwortet werden. Beim kleinsten Verdacht der Unwahrheit können Hausbesuche drohen, die die Aussagen vor Ort überprüfen. Etwa ob der/die Arbeitslose tatsächlich alleinstehend ist oder einen Lebensgefährten irgendwo im Kleiderschrank versteckt hält. Normalerweise ist nach Grundgesetz die Wohnung unverletzlich – es muss also niemand ohne gerichtlichen Durchsuchungsbefehl in die Wohnung gelassen werden –, doch damit würden sich die Arbeitslosen ja nur noch verdächtiger machen. Also werden viele lieber auf ihr verfassungsmäßiges Recht verzichten und Hausdurchsuchungen dulden. Man will ja keinen zusätzlichen Stress.

Wer natürlich einen Partner hat, der kann übel dran sein. Statt alleinstehend zu sein, bestünde da eine amtsdeutsche Bedarfsgemeinschaft. Dabei ist es unerheblich, ob der Partner selbst bedürftig ist. Bringt er genügend Geld nach Hause, muss er vorrangig für den anderen sorgen, solange, bis er selbst bedürftig wird. Und wenn gar noch Kinder im Haushalt leben, dann wird natürlich deren Kindegeld angerechnet, und wenn die eigenes Einkommen haben, dann muss auch deren Geld zur Herabsetzung der Bedürftigkeit eingesetzt werden. Familienkrach ist vorprogrammiert. Die künftigen Alo-II-Bezieher wären besser dran, wenn sie ihre Partner abschaffen und auf Kinder verzichten.

Im Fragebogen der Bundesagentur für Arbeit wird den Vermögensverhältnissen

breiter Raum gewidmet. Alles muss angegeben werden. Sparkonten, Girokonten, Aktienbesitz und etwaige Geldanlagen, Lebensversicherungen, Bausparverträge, eventuelle Geldzuwendungen Dritter. Die Behörde will alles wissen, um sich ein Bild machen zu können, auch, ob der Betroffene Bargeld unter seinem Kopfkissen versteckt hat. Alles muss aufgelöst und zu Geld gemacht werden. Ob der Alo-II-Bezieher dadurch Geld einbüßt, weil die eine oder andere Kleinaktie als Spargroschen für später gerade im Keller ist, spielt keine Rolle. Auch bei Bausparverträgen erhält er die ehemalige Antragsgebühr natürlich nicht zurück, wenn noch nicht genügend Geld angespart werden konnte. Bei Lebensversicherungen sind lediglich 200 Euro pro Lebensjahr für den Staat nicht „verwertbar“. Das heißt, ein Fünfzigjähriger darf 10000 Euro für die Altersvorsorge behalten, wenn die Versicherung erst mit dem Renteneintritt ausbezahlt wird. Bekäme er seine Versicherungssumme schon mit sechzig, dann ist damit Pustekuchen. Dann muss die Versicherung „verwertet“ werden.

Und natürlich zählt auch anderes mit zum verwertbaren Vermögen. Wertvoller Schmuck, Gemälde, Antiquitäten, Immobilien und Luxusfahrzeuge. Mit Ausnahme eines selbst genutzten Häuschens muss alles verkauft und zu Geld gemacht werden. Hanebüchen, aber typisch Amtschimmel: Wer von den Sozialhilfempfangern und Langzeitarbeitslosen besitzt denn wertvollen Schmuck, Immobilien oder gar Luxusautos? Geht die BA etwa davon aus, dass künftig Politiker oder Unternehmensmanager von Hartz IV betroffen sein könnten? Das wäre sicherlich nicht schlecht, wenn die am eigenen Leibe erfahren würden, was sie den Menschen eigentlich zumuten. Doch das wäre nur Träumerei.

Apropos Zumutung. Da wären noch die Jobs, um die es eigentlich gehen soll. Für Alo II-Bezieher ist künftig jeder Job zumutbar, egal wie gut oder schlecht dieser bezahlt wird, ob er für die Arbeit qualifiziert ist oder nicht. Er muss auch Minijobs annehmen und Arbeit, die unter Tarif bezahlt wird. Allein die Arbeitswilligkeit zählt. Wer also als 50-jähriger hochqualifizierter Fachingenieur 100 vergebliche

Bewerbungen geschrieben hat und nun keine Kloschüsseln putzen will, der gilt von Amts wegen als arbeitsunwillig. Und Jugendliche bis 25, die bislang keine Lehrstelle gefunden haben, die durch ein mangelhaftes Bildungssystem nur ungenügend auf ihre berufliche Zukunft vorbereitet wurden, bekommen keinen Cent, wenn sie sich weigern, eine x-beliebige Stelle ohne sinnvolle Perspektive anzunehmen. Sie bekommen demütigende Lebensmittelgutscheine.

Auch die anderen bisher üblichen Zuwendungen wird es für jugendliche und erwachsene Alo-II-Bezieher nicht mehr geben. Kleidergeld, Kühlschrank, Waschmaschine oder Kleiderschrank – für solche Anschaffungen soll es künftig ein Darlehen geben. Von welchem Geld soll es zurückgezahlt werden? Vielleicht muss ja dann doch die eine oder andere Niere erhalten, oder ein Stück Leber. Man weiß ja jetzt noch nicht, was sich unser Sozialstaat noch so alles einfallen lässt, um die sozial Schwachen noch tiefer zu treten. Wer abhängig ist, der ist ja auch leicht gefügig zu machen. Der Freiheitsbegriff ist da nur für die oberen Zehntausend von inhaltlichem Wert.

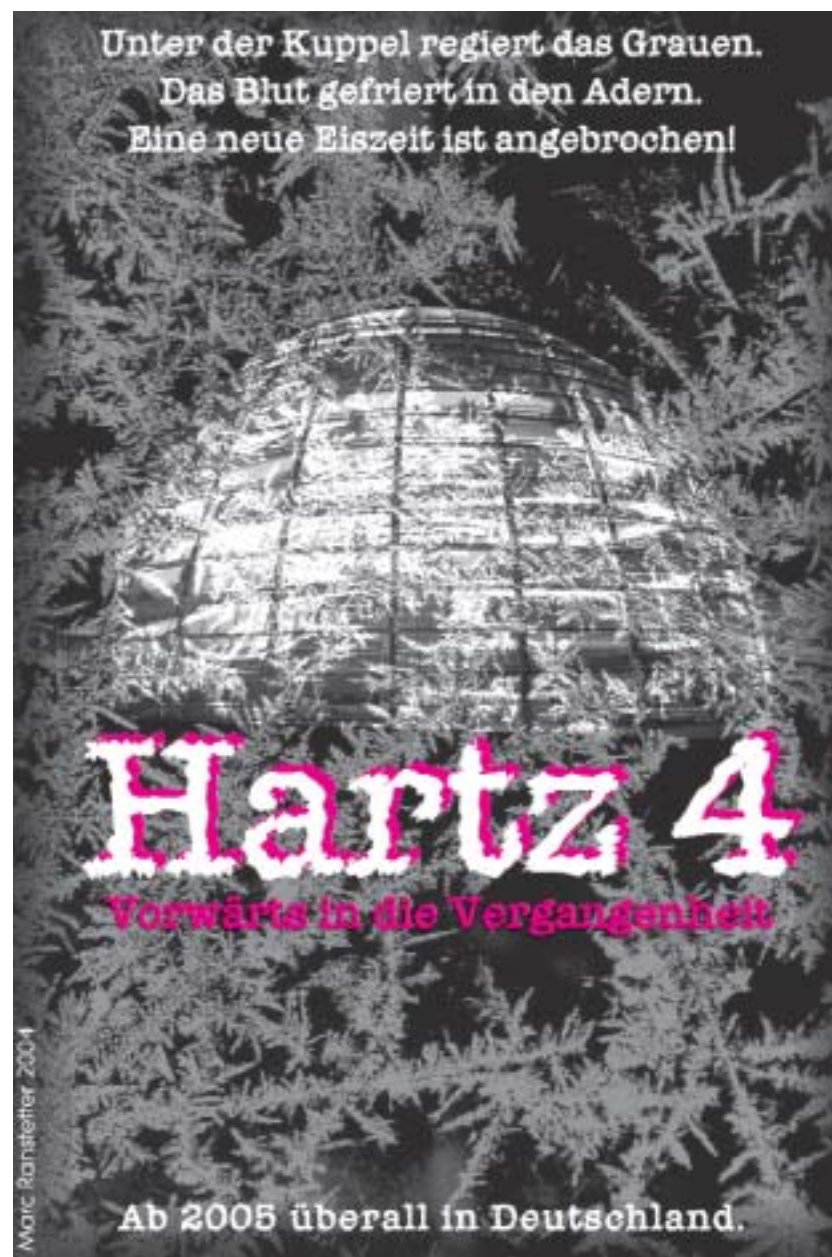
Die Hauptfrage, wo die vielen benötigten Arbeitsplätze herkommen, die man annehmen muss, um den staatlichen Sanktionen zu entgehen, bleibt offen. Geht es der Bundesagentur für Arbeit und den Regierenden überhaupt darum? Der erste Eindruck ist der bleibende. Nur in diesem Fall kein guter. Hartz IV war im Bundestag kaum verabschiedet, da wurde zu allererst über die Schärfe der Sanktionen diskutiert, bevor man sich den Kopf über Arbeitsplätze zerbrach. Hauskontrollen bei Arbeitslosen, Offenlegung der Vermögensverhältnisse der Lebenspartner vor ihrem Arbeitgeber ..., für die CDU ist das alles sogar noch viel zu schwach.

Es geht gar nicht um mehr Arbeitsplätze. Es geht darum, Arbeitslose in die Enge zu treiben, zu verunsichern, zum verängstigten Schweigen zu bringen; es geht darum, eine regelrechte Pogromsituation zu schaffen. Dieses Deutschland braucht wieder ein Feindbild, um Unschuldigen die Schuld am wirtschaftlichen und politischen Versagen des Staates und seiner Regierung zuzuschreiben.

Da drängen sich Horrorvisionen auf. Mag vieles heute heute schon grauenvoll sein, das echte Grauen beginnt 2005. Ab da gehen wir vorwärts in die Vergangenheit, in urkapitalistische Ausbeuterzeiten ohne Netz und doppelten Boden.

Ich sehe schon die Hartz-IV-Betroffenen, wie sie künftig spezielle Kleidung tragen. Eine Arbeitsjacke mit dem BA-Logo auf der Brust, woran sie jeder erkennen kann. Ich sehe, wie Langzeitarbeitslose eine Verpflichtungserklärung unterschreiben müssen, um andere zu bespitzeln und dann über deren Verhalten an die BA Bericht zu erstatten – im Rahmen eines Minijobs, belohnt damit, in Ruhe gelassen zu werden. Ich sehe die Alo-II-Bezieher in unsanierten Plattenbauten hausen, damit der Sozialstaat an den Mietzahlungen sparen kann. Später werden die LWB-Ghettos gar mit Stacheldraht eingezäunt. Polizeiposten stehen Wache und gehen Streife, um den sozialen Konflikt- und möglichen Terrorpotenzialen begegnen zu können. Schließlich sehe ich gar kommunale Arbeitslager, in denen Arbeit frei macht von Hartz IV.

Bei all diesen Horrorgedanken gefriert das Blut in den Adern. Kältestarre aber ist das Allerletzte, was wir uns in dieser sozialen Eiszeit leisten können.





Junge Sachsen, wandert aus!

Der Chef der sächsischen Landesagentur für Arbeit, Karl Peter Fuß, rät den 27 000 Ausbildungsplatzsuchenden (bei knapp 4400 angebotenen Stellen), ihr Glück auch in den westlichen Bundesländern zu versuchen. Abwanderung sei besser, als in der Heimat ohne Ausbildungsplatz zu bleiben. Eine Rückkehr nach Sachsen sei immer möglich. Die Möglichkeit, in Bayern oder Baden-Württemberg eine Lehrstelle zu finden, sei immer noch deutlich höher als in Sachsen.

Zugleich rief Fuß die Jugendlichen auf, nicht immer nur den Traumjob vor Augen zu haben. Es bringe nichts, sich auf einen Beruf zu versteifen. Wichtig sei es, auch Alternativen zu suchen. In zahlreichen Berufen könnten Stellen nicht besetzt werden, da sie bei den Jugendlichen eher unbeliebt seien. Als Beispiele nannte Fuß die Ausbildung zum Gebäudereiniger, Wurst- und Fleischwarenverkäufer sowie Bäcker und Konditor. Das ist neu: Bankrotterklärung mit Alternative. Auswandern aus „Hightech“-Sachsen oder Würstchenverkäufer werden (von denen es auch schon genug gibt).

Ist das die schnelle Lösung, die Wirtschaftsminister Clemens nassforsch angekündigt hat?

• G. L.

SPD-Landtagsabgeordneter Karl Nolle:

„Was machen denn derzeit Sachsens Korrupte?“

LN. Der SPD-Landtagsabgeordnete Karl Nolle hofft, wie MDR-Online informiert, nach der Verhaftung des ehemaligen Rüstungsstaatssekretärs Pfahls (CDU) auf eine baldige weitere Aufklärung im CDU-Spendenskandal. Sie zeige, dass man einen langen Atem haben muss, wenn man gegen Korruption vorgeht, äußerte Nolle. Er hob hervor, dass man diesen langen Atem gerade in Sachsen haben müsse. Denn seit Monaten werde ermittelt und untersucht, wie sich denn nun der Polizeipräsident Pilz von der Iduna-Versicherung „versorgen“ oder auf der Reeperbahn bewirten lassen habe. Seit einem Jahr traue sich niemand an Staatssekretär Köhler und dessen Provisionszahlungen an die eigene Frau heran, Landrat Czupalla und seine Wahlhilfe von den Abfallverwertern aus Köln blieb bislang ungesühnt, aber auch der lohngepfändete Zschopauer Bürger-

meister, dem Dutzende von Amtsverfehlungen vorgeworfen werden, bleibt weiter im Amt. Und selbst beim suspendierten Landrat Hertwich sei kaum die Hälfte der Vorwürfe derzeit zu Ende ermittelt. Nolle hofft auf eine Sommeroffensive der Ermittlungsbehörden: „Es wäre doch wirklich schade, wenn alle Ermittlungsergebnisse erst am Tag nach der Landtagswahl bekannt würden.“ Besonders am Herzen liege ihm der QMF-Skandal. Diese „Spitze des Eisberges“ habe durchaus als Modellfall für andere „Betriebs-sanierungen“ im Schommer-Stil gedient. „Hier ist bewusst in Kauf genommen worden, dass Einzelne sich auf Kosten der Allgemeinheit bereichern – und das Ministerium hat zugehört.“ Für Nolle ist klar, dass ein neuer Untersuchungsausschuss sich nach der Landtagswahl mit diesen Themen befassen muss.

Schaulaufen im Wahlkampf

LN. Seit Monaten missbraucht der Chef der sächsischen Staatskanzlei, Stanislaw Tillich, sein Staatsamt fürs Schaulaufen im Wahlkampf und ganztägige Besuche bei Firmen und Vereinen im Wahlkreis. In der Terminvorschau findet sich ein Regierungstermin neben sechs „Ausflugsterminen“. Darauf weist PDS-Fraktionsvorsitzender Peter Porsch hin. Er forderte Tillich auf, von der gesetzlichen Regelung Gebrauch zu machen, dass sich Wahlkandidaten für die Zeit des Wahlkampfes unbezahlt beurlauben lassen können.

Als Staatskanzlei-Chef, so Porsch, sei Tillich ein Totalausfall: Er habe es maßgeblich zu verantworten, dass Sachsen bei wichtigen Themen auf Bundesebene keine Rolle spielt und dem Verarmungs-Gesetz „Hartz IV“ kein Widerstand entgegenzusetzen wurde. Bei keiner der zahlreichen Krisen von Ministern sei er als Krisenmanager in Erscheinung getreten. Stattdessen habe er sich zeitaufwändig darum gekümmert, einen Wahlkreis als Landtags-Kandidat zu bekommen und diese Kandidatur zu pflegen.

„Big Brother“ grenzenlos

Porsch: „Großer Lauschangriff“ ohne Parlamentskontrolle

Seit über einem Jahr werden Wohnungen in Sachsen ohne Parlamentskontrolle überwacht. Dazu erklärte der Vorsitzende der PDS-Landtagsfraktion, Prof. Peter Porsch: Laut Sächsischem Kontrollgesetz vom Mai 2003 hat der Landtag ein aus fünf Landtagsabgeordneten bestehendes Parlamentarisches Kontrollgremium (PKG) einzurichten, welches die Maßnahmen von Justiz und Polizei zur Überwachung von Wohnungen kontrolliert. Seit über einem Jahr verhindert die CDU-Landtagsmehrheit den verfassungsmäßigen Einsatz des PKG, weil sie den von der PDS-Fraktion wiederholt vorgeschlagenen Rechtsexperten Klaus Bartl als Gremiumsmitglied ablehnt – ungeachtet der möglichen Verletzung bürgerlicher Grundrechte durch den „Großen Lauschangriff“!

Ein solcher Umgang mit dem durch das Grundgesetz geschützten Grundrechtsgut der Unverletzlichkeit der Wohnung ist nicht länger hinnehmbar und steht zudem im Widerspruch zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVG) vom 3. März 2004. Danach wurden Vorschriften der Strafprozessordnung, auf denen auch die landesgesetzlichen Regelungen zum „Großen Lauschangriff“ basieren, für mit dem Grundgesetz unvereinbar erklärt. Zugleich hat das BVG strengere Anforderungen für die Zulässigkeit des „Großen Lauschangriffs“ formuliert und dem Gesetzgeber aufgegeben, bis zum 30. Juni 2005 einen verfassungsgemäßen Rechtszustand herzustellen. Die PDS-Fraktion

hat den Landtagspräsidenten um ein Gutachten des Juristischen Dienstes ersucht, mit dem sowohl die Folgen der Arbeitsunfähigkeit des PKG bewertet als auch die Konsequenzen des BVG-Urteils für künftige Maßnahmen der Wohnraumüberwachung und für die davon betroffenen Landesgesetze eingeschätzt werden. Das Polizeigesetz und das Sächsische Verfassungsschutzgesetz müssen nicht zuletzt deshalb auf den Prüfstand, weil Sachsen zu den wenigen Bundesländern gehört, die die akustische Wohnraumüberwachung zu präventiven Zwecken nicht mehr nur der Polizei, sondern auch den Verfassungsschutzbehörden überlassen. Dies ist seit In-Kraft-Treten des von der CDU-Mehrheit beschlossenen zweiten Änderungsgesetzes zum Sächsischen Verfassungsschutzgesetz am 1. Juli 2004 der Fall, gegen das die PDS-Fraktion heftig interveniert hatte.

Aufgrund der dieser Gesetzesnovelle anhaftenden Verletzung des Trennungsgabotes zwischen Polizei und Geheimdienst sowie der zu weit gefassten Geheimdienstbefugnisse haben die 29 Abgeordneten der PDS-Fraktion und die fraktionslose Landtagsabgeordnete Margit Werner am 2. Juli 2004 eine Normenkontrollklage beim Sächsischen Verfassungsgerichtshof eingereicht. Die PDS-Fraktion geht davon aus, dass das juristische Gutachten bis zum 23. August 2004 vorliegt und der Öffentlichkeit ebenso vorgestellt werden kann wie die Normenkontrollklage.

6. Juli

Torgau. Das Regierungspräsidium Leipzig als Rechtsaufsichtsbehörde beschließt, dass die Kreistagswahl wegen falscher Stimmzettel in einem Wahlbezirk zu wiederholen ist. 198 Stimmzettel waren für ungültig erklärt worden.

7. Juli

Dresden. Die Innungskrankenkasse Sachsen senkt zum 1. September den Beitragssatz von 13,1 auf 12,7 Prozent, nachdem sie ihn schon ab Januar reduziert hatte.

9. Juli

Dresden. Die erste Dienstreise des neuen Bundespräsidenten Horst Köhler führt nach Dresden, wo er an einer Kabinettsitzung zum Thema Aufbau Ost teilnimmt.

Annaberg. Im Kreis tritt der erste sächsische BSE-Fall dieses Jahres auf. Es ist der zwölfte Fall im Freistaat seit Beginn der BSE-Krise.

Dresden. Das Kabinett beauftragt Kultusminister Mannsfeld, im Schuljahr 2005/06 in zwei Kreisen und einer kreisfreien Stadt ein Modellprojekt zur Personal-

hoheit der Kommunen über die Lehrer einzuführen.

Annaberg. Ein Polizeihund entdeckt bei einem Streifengang eine Cannabis-Plantage mit 400 Pflanzen.

11. Juli

Dresden. Ministerpräsident Milbradt fliegt in die USA, um in Kalifornien und in Albany (Ostküste) Investoren für Sachsen zu gewinnen. Ihn begleitet Wirtschaftsminister Gillo.

12. Juli

Kamenz. Rund 134 000 Bürger Sachsens erhielten Ende 2003 Sozialhilfe, teilt das Statistische Landesamt mit, fünf Prozent mehr als das Jahr zuvor. 51 000 sind Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren.

Dresden. Mit fünf Unternehmen ist Sachsen auf der Halbleitermesse Semi-

con West in San Francisco vertreten.

13. Juli

Dresden. Die PDS-Landtagsfraktion reicht beim Verfassungsgericht eine Normenkontrollklage ein, die sich gegen die kürzliche Änderung des Verfassungsschutzgesetzes wendet, wonach der Verfassungsschutz in Sachsen Wohnungen zu präventiven Zwecken abgehört darf.

14. Juli

Oschatz/Dresden. Die sächsische Antikorruptionseinheit INES ermittelt gegen den Wermisdorfer Bürgermeister Bernd-Dieter Lehmann wegen des Verdachts der Bestechlichkeit.

Dresden. Zu dem bekannten Vorwurf des Missbrauchs von EU-Fördermitteln durch die Bildungsfirma QMF kommt jetzt der Vorwurf maßloser Dozenten-

honorare – bis zu 270 DM je Stunde – sowie Reise- und Übernachtungskosten. Ermittelt wird gegen QMF-Manager und Beamte des Wirtschaftsministeriums.

16. Juli

Cottbus. Nach Plänen der Bundesregierung soll die Sorben-Stiftung im kommenden Jahr 665 000 Euro weniger als bisher erhalten; das entspricht 16 Prozent. **Niesky.** Der Bombardier-Konzern plant an seinem sächsischen Waggonbau-Standort mit Entlassungen verbundene strukturelle Veränderungen. Die Kapazitäten seien für die nächsten zwei Jahre nicht ausgelastet.

17. Juli

Chemnitz/Muskat (Oman). Ein Gericht des Sultanats verurteilt die Chemnitzerin Dana Gerlich wegen Mordes an ihrem Vater zusammen mit vier Mitangeklagten zu lebenslanger Haft, nachdem ihr die Todesstrafe gedroht hatte.

Dresden. Die Staatsanwaltschaft erhebt Anklage gegen zwei Sachsen und einen Schweden, die 8000 Anleger in Deutschland um ihr Geld gebracht zu haben.

SACHSEN-CHRONIK

6. bis 19. Juli

Heiße Debatte im Parkrestaurant Völkerschlachtdenkmal um SPD und Widerstand

Parteibuch auf den Müll?

7. Juli, 19 Uhr. Welch ein Kontrast am Parkrestaurant gegenüber dem Völkerschlachtdenkmal in Leipzig! Draußen, unter prächtigen Bäumen des Wilhelm-Külz-Parks, plauschen Gäste beim Bier. Drinnen drängen sich um die 300 Leute in den großen Saal, wo bald darauf heftige Töne eine bis zum Äußersten gespannte Atmosphäre verraten.

Die *Initiative Arbeit & Soziale Gerechtigkeit* – inzwischen mit einer gleichgerichteten Unternehmung zur *Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit* vereint – hatte zur Podiumsdiskussion eingeladen. Thema: „Wie weiter in Deutschland? Wer stoppt den Sozialabbau?“ Im Podium: **Bernhard Krabiell** (Ver.di Leipzig, SPD) und **Thomas Rudolph**, beide von der Initiative ASG, der DGB-Landesvorsitzende **Hanjo Lucassen** (SPD) und Prof. Dr. **Spiridon Paraskewopolous** (Uni Leipzig).

DGB-Chef denkt um

Mit einem Satz aus dem Gründungsauftrag der Initiative hatte der Einladungstext bereits Zündstoff geboten: „Gerade weil es durch den Kurswechsel der SPD keine relevante organisierte politische Gruppierung gibt, die einen Gegenpol zum neoliberalen Umbau unserer Gesellschaft darstellt, wollen wir uns politisch engagieren und für die Verteidigung dieses Sozialstaates arbeiten.“ Unverkennbare Westsicht unterbelichtet hier die PDS, doch Wut auf die SPD, genauer: ihre ins neoliberale Lager gedriftete Führung, einte die meisten Gekommenen. Uneins waren die zahlreichen SPD-Mitglieder im Saal über die Frage: Austritt oder nicht?

Hanjo Lucassen bekannte, vom Vorhaben, eine „Arbeiterpartei“ zu gründen, habe er Abstand genommen. Er wolle in der SPD „für die Werte kämpfen“. Sein Genosse Bernd Krabiell erinnerte an den Bundestagsbeschluss zu Hartz IV: „Ab diese Woche beginnt eine neue Phase im Sozialstaat. Tausende, Hunderttausende werden in Armut geraten, auf Millionen wird Druck in Bezug aufs Lohnniveau ausgeübt.“ Hier müsse der Protest eingreifen, unabhängig von Parteistrukturen. Für die Gewerkschaften gelte es vor allem, „die Differenz in der Wahrnehmung der Situation zwischen denen, die noch Arbeit haben, und denen, die keine Arbeit haben, zu verringern“.

Weltmeister über seinen Verhältnissen?

Der seit 40 Jahren im Lande lebende griechische Wirtschaftsprofessor Paraskewopolous erklärte mit Humor, dass die Deutschen Spitzenleistungen vollbringen, „nur wissen sie das nicht“. Die Politik rede ihnen ein, sie seien faul und lebten über ihre Verhältnisse. Wenn Deutschland Exportweltmeister ist, dann sei es gerade umgekehrt: „Wir leben unter unseren Verhältnissen“ und sollen noch weiter darunter leben.

Als Lucassen seine äußerst kritische Sicht der Lage und die Notwendigkeit des Widerstands bekräftigte, hielt Thomas Rudolph entgegen: „Aber die sächsische Stimme in der SPD, die das durchsetzt, fehlt mir im Moment!“

Dr. Klaus Hesse wies auf die Inkorrektheit der offiziellen Arbeitslosenzahlen hin und hob hervor, dass steigende Produktivität zu weiterem Arbeitsplatz-

abbau bei steigendem Profit führt. „Einige gehen mit dem von der Mehrheit geschaffenen Reichtum um, als sei er ihr Eigen!“ Da müssten grundsätzliche gesellschaftliche Fragen gestellt werden. Paraskewopolous sekundierte: „Wenn Deutschland seit 1990 um 270 Milliarden Euro reicher geworden ist und wir zugleich ein Problem der Binnenfrage haben, dann stimmt etwas nicht!“ Er will eine „Revolution“ in der SPD.

Mehrheiten schaffen – aber wie?

Für Thomas Rudolph ist nicht entscheidend, dass sich eine Partei verändert, sondern „dass wir Mehrheiten organisieren“. Würde eine Vermögenssteuer durchgesetzt, könnten die Kommunen 60–70 Milliarden mehr einnehmen. Als Verdi-Sekretär Martin Lesch (PDS) forderte, nicht länger von einem Kurswechsel der SPD zu träumen, brandete stürmischer Beifall auf. Der Kurswechsel habe längst stattgefunden. „Hört auf, die SPD gesundzubeten! Schmeißt euer Parteibuch hin, auf den Müllhaufen!“ Arbeitskollege Bernd Krabiell gab zu bedenken, dass eine ganze Reihe SPD-Mitglieder mit dem neoliberalen Kurs nicht einverstanden sind. „Was hindert dich, mit ihnen gemeinsam zu gehen? Willst du ihnen vorher ein Ultimatum stellen?“ Man müsse mit ihnen ein Bündnis schließen: „Bis hierher und nicht weiter!“ Krabiell unterstrich: Man habe es bisher noch nicht vermocht, die Brücke zu denen zu schlagen, die noch in Arbeit stehen.

„Mit Jurk, Weißgerber, Fornahl?“

Halb ironisch hierauf Thomas Rudolph: „Schließen sich Jurk,

Weißgerber, Fornahl unserem Protest im Herbst an?“

Jens Naumann, wohl von der von der Wahlinitiative, lud zur Sozialkonferenz ein, die im Herbst in Leipzig stattfinden soll. Ein Initiativtreffen am 8. Juli beziehe dafür einen breiten Kreis ein. Unvermittelt platzte es dann aus der Anwohnerin Christa Schneider heraus: Es sei empörend, was die Christiansen-Runde und sonstige Talkshows den Leuten zumuten. Und: warum auf der Versammlung nicht auch zur künftigen Lage der Rentner gesprochen werde. Vor allem aber denke sie an ihren Sohn, hochqualifiziert und seit dem Studium arbeitslos. Beschwörend zur Entwicklung: „Es wird ein böses Ende nehmen

– ich habe den 13. Februar in Dresden erlebt!“

Roger Schaumberg, Schatzmeister der Wahlinitiative in Leipzig, warb dafür, sich von unten her zu organisieren. Eine neue Parteigründung, so Paraskewopolous, werde aber das Spiel der CDU erleichtern; im übrigen gäbe es ja eine linke Partei – womit er offenbar an die PDS dachte. Ein junger SPD-Mann verwies auf die beträchtliche Stimmenzahl der CDU, ein anderer verlangte, mehr über konkrete Alternativen zu sprechen. Ein Verdi- und SPD-Mitglied fragte nach praktischen Aktivitäten. Eine Antwort der Wahlalternative: Sie warb mit Unterschriftenlisten um Mitglieder.

Es war wie ein Sommergewitter, nur der beruhigende Regen fehlte. Aufgewühlt und bestärkt, doch wohl mit gemischten Gefühlen gingen die Versammelten auseinander.

• G. BRAUN

Logik: 6!



Für wie blöd hält die Regierung das Volk?

Foto: Märker

SO SEHE ICH DAS

Seit Jahren vernehmen die Arbeitslosen, die Langzeitarbeitslosen zumal, die hoffnungsvollen Weissagungen führender Politiker und ihnen gefälliger Wirtschaftswissenschaftler über das



nahe Ende des dornigen Weges der deutschen Wirtschaft, werden geringste zeitweilige Verbesserungen der Situation als Silberstreifen am Horizont interpretiert, die von einer Wende zum Guten im nächsten halben Jahr oder in einem Jahr künden würden. Dabei lügt der superclevere SPD-Minister Clemens genauso dreist wie seinerzeit CSU-Minister Weigel. Beide, Clemens gerade erst in diesen Wochen, deuteten zum Beispiel geringe

Rückgänge bei den Arbeitslosenzahlen im Juni als Wendezeichen – wohl wissend, dass allerwärts in diesem Monat des Jahres die Arbeitslosigkeit *saisonbedingt* zurückgeht.

Die Arbeiter und Angestellten sehen die gegenwärtige Lage und die Aussichten

Kein Vertrauen in die rosarote Brille

offensichtlich etwas anders: In den von den Arbeitsagenturen (früher Arbeitsämter) geführten Statistiken wird nicht nur die Zahl der *Arbeitslosen* ausgewiesen, sondern auch die größere Anzahl der *Arbeitsuchenden*. In ihr sind auch jene nichtarbeitslosen Beschäftigten enthalten, die sich von der Behörde eine neue Stelle vermitteln lassen möchten.

Nehmen wir Leipzig als Beispiel, dann ist die Anzahl dieser Beschäftigten in jüngster Zeit erstaunlich rasch angestiegen, viel schneller als die Anzahl der Arbeitslosen selbst. Im Juni vorigen Jahres gab es im Bereich der Leipziger Agentur

rund 72 800 Arbeitslose und darüber hinaus weitere 15 200 (nichtarbeitslose) Arbeitssuchende. Im Juni diesen Jahres haben wir es mit rund 73 000 Arbeitslosen (200 mehr) zu tun, aber zugleich mit über 21 000 weiteren Arbeitssuchenden, also 6000 mehr! Ihre Anzahl

ist allein in den letzten zwei Monaten um mehr als 2000 gestiegen. Diese gravierende Veränderung in der Struktur der Arbeitssuchenden – immerhin stieg der Anteil der Beschäftigten an den Arbeitssuchenden binnen Jahresfrist von rund 17 auf 22 Prozent – verlangt eine Erklärung. Die Statistiken geben hier keine Aufschlüsse. Aber wenn man die Gesamtsituation ins Auge fasst, muss man sich über die skizzierte Entwicklung nicht wundern. Denn auch in bislang stabilen Unternehmen, namentlich im Osten, mehren sich die Zeichen dafür, dass selbst bislang relativ erfolgreiche

Betriebe unter die Räder geraten. Vor dem Hintergrund einer immer größeren Zahl von Insolvenzen, zumeist trostloser Prognosen der Industrie- und Handelskammer und der Handwerkskammer trachten offensichtlich immer mehr Beschäftigte danach, durch Wechsel einen Arbeitsplatz zu gewinnen, der ihnen sicherer erscheint als der gegenwärtige. Auch die Stagnation der Lohn- und Gehaltsentwicklung in vielen Bereichen sowie das Drängen vieler Unternehmer auf eine höhere Wochenarbeitszeit und auf den Verzicht auf andere Rechte mögen hier eine Rolle spielen.

Auf jeden Fall kann das sprunghaft gestiegene Streben nach einem Arbeitsplatzwechsel nicht als Zeichen wirtschaftlicher Erholung gewertet werden – eher als Zeichen allgemein zunehmender Unsicherheit der Arbeitsverhältnisse, die immer weniger Raum lässt für die Glaubwürdigkeit inhaltlicher optimistischer Voraussagen.

• GÜNTER LIPPOLD

Liebe Bürgerin, lieber Bürger, am 19. September wählen wir in Sachsen einen neuen Landtag. Wir wählen ihn für uns! All den Ärger über Politik und Politiker, der sich bei Ihnen angesammelt haben mag, werden Sie nun wichten und wägen: Waren das nur Verdrießlichkeiten, Schönheitsfehler, die man vergessen oder über die man hinwegsehen kann? Oder ist etwas grundsätzlich faul im Freistaat Sachsen?

Manches haben wir erreicht, über das wir uns ehrlich freuen können. Wir in Sachsen haben keinen Grund, an uns zu zweifeln – im Gegenteil! Da, wo man uns arbeiten lässt, werden wir unserem Ruf als engagierte, erfinderische, fleißige Leute gerecht, die ihren Alltag meistern. Aber unser Land bleibt nicht nur hinter seinen Möglichkeiten zurück, sondern der Kurs ist falsch. Die Landesregierung setzt nicht auf jene Kräfte, die eine selbst tragende wirtschaftliche Entwicklung ermöglichen könnten. Auf ernsthafte Probleme wird falsch rea-

giert, nämlich „von oben herab“ und nicht unter Mitwirkung und im Interesse der Menschen, die von den Problemen betroffen sind – aus Unfähigkeit oder Nachlässigkeit, aus Routine, manchmal aber auch mit politischem Kalkül.

Man spürt die soziale Kälte, die durchs Land zieht. Sie lässt nicht nur die erschauern, die wenig haben und sich Sorgen machen müssen – um das Geld für den Kindergarten, die Klassenfahrt des Kindes, die Miete, die Kosten für eine Zahnbehandlung, die Praxisgebühr, also um das Lebensnotwendige. Den eisigen Hauch fühlen auch Menschen, denen es besser oder sogar recht gut geht. Sie haben die Erfahrung gemacht, dass man vielen Politikern nicht mehr trauen kann. Doch vor allem möchten sie nicht in einem Land leben, in dem Probleme auf Kosten der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger gelöst werden. Der vorherrschende Zynismus, der unser Leben nur noch in Euro aufwiegt, verletzt den Stolz der Sachsen, beschädigt die Attraktivität unseres

Landes „seine Kultur, sein geistiges Klima, die Aura seiner großen Traditionen.

Die CDU hat Sachsen nicht glücklicher gemacht. Im Gegenteil: Wir liegen an drittlezter Stelle bei der Wirtschaftskraft, an vorletzter bei der Arbeitsproduktivität, sind Vorletzter bei den Bildungsausgaben und bei uns gibt es nach Nordrhein-Westfalen (absolut – LN) die meisten Arbeitslosen in Deutschland! Es geht auch anders! Es ginge besser! Demokratie braucht den Wechsel – einen Perspektiv- und Politikwechsel in Sachsen: Es muss endlich sozial gerecht zugehen, gerechter als bisher! Darum sagen wir sächsischen Sozialistinnen und Sozialisten in diesem Programm: Ein anderes Sachsen ist möglich! Wie wir uns unser Land konkret vorstellen, das haben wir in einem Alternativen Landesentwicklungskonzept für Sachsen (ALEKSA <http://www.pds-sachsen.de>) aufgeschrieben.

Wir wollen bei nächster und vielleicht auch für lange Zeit letzter Gelegenheit

die Alleinherrschaft der CDU in Sachsen brechen. Diese Gelegenheit ist am Wahltag gekommen. Wir wollen – um einen der erstbesten Deutschen, Karl Marx, zu zitieren –

„die Verhältnisse zum Tanzen bringen“, damit sich in Sachsen wieder was bewegt, damit die Menschen, die jetzt enttäuscht sind, wieder demokratisch teilhaben können. Dafür muss die PDS aber zumindest wieder stärkste Oppositionskraft im Lande werden. Und nicht nur das: Wir sind bereit, Verantwortung für Sachsen zu übernehmen, zu gestalten. Denn wir können es besser. Auf Sie, liebe Bürgerin, lieber Bürger, kommt es an. Denken Sie – nicht nur am Wahlsonntag, aber dann vor allem – daran, was ein anderer großer Deutscher uns geraten hat, der Dresdener Erich Kästner: „Es gibt nichts Gutes – außer, man tut es.“ Tun Sie's!

Es grüßt Sie

Prof. Dr. Peter Porsch

Spitzenkandidat der PDS für die Landtagswahlen 2004 in Sachsen

Und weil der Mensch ein Mensch ist...

EIN ANDERES SACHSEN IST MÖGLICH

Aus dem Wahlprogramm der PDS Sachsen zu den Landtagswahlen am 19. September 2004 (I)

... Drum braucht er was zu Essen – ein Geschwätz macht ihn bekanntlich nicht satt. So weit Bertolt Brecht – aber wem steht was zu? Darüber ist in Deutschland die Auseinandersetzung entbrannt, und die wird heftiger werden. Hierzulande scheint ausgemacht zu sein: In Zeiten, in denen die Konjunktur lahm, der Konsum darniederliegt, kleine Betriebe in Insolvenz gehen, Unternehmen immer unwilliger und manchmal gar nicht mehr ihre Steuern zahlen, vor allem große Vermögen sich aus ihrer Sozialpflicht verabschieden, hat der Staat das Kapital bei Laune zu halten. Er nimmt von denen, die nicht damit drohen können, ihr Unternehmen ins Ausland zu schaffen. Er geht ihnen an die Versicherungen, an die Renten, erfindet neue Gebühren und erhöht die vorhandenen, unterstellt den Menschen Drückebergerei und nötigt sie in Billigjobs. Zu fürchten ist, das bleibt so, auch wenn die Konjunktur wieder anspringt.

Wir wollen hingegen Existenz sichernde Einkommen für alle, medizinische Versorgung ohne Praxisgebühren und Zuzahlungen, bezahlbaren Wohnraum, Mobilität, die sich jeder leisten kann, ungehinderten Zugang zu Kunst, Kultur und gebührenfreie Bildung. Wir wollen das, weil die Gesellschaft sich das leisten kann. Alle Menschen haben gleiche Rechte! Der Mensch soll über sein Leben selbst bestimmen. Die PDS steht für die Gleichstellung aller Lebensweisen und Lebens-



entwürfe, für eine Gleichstellung aller Menschen, unabhängig von Geschlecht, Alter, sozialer Schicht und Herkunft, sexueller Orientierung und Religion. Alle Menschen haben das Recht, frei von Repressionen zu sein. Alle Menschen haben ein Recht auf eine gesunde, lebenswerte Umwelt.

Das ist aber in Deutschland nicht so und das ist in Sachsen nicht so. Nicht wenige werden in Jobs gezwungen, aus deren Bezahlung sie ihre Existenz nicht sichern können. Andere werden gegängelt, verdächtigt und erniedrigt, wenn sie gesetzlich verbrieft Rechte auf Unterstützung einfordern. Abertausende leben unter der anhaltenden Drohung, über kurz oder lang ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Die Rechte, mit denen man sich vor Kündigung schützen kann, werden immer weiter eingeschränkt.

Wenn Menschen diesen Bedrückungen ausgesetzt sind, bleibt Demokratie Makulatur. Nicht in irgendwelchen Kommissionen, sondern mit den Betroffenen gemeinsam wollen wir Sozialistinnen und Sozialisten in Sachsen nach Möglichkeiten suchen, Demokratie lebendig zu gestalten. Anders ist Politik mit uns nicht zu machen. Wir haben uns gegen

Schulschließungen gewehrt. Wir haben gegen „Zugangskriterien“ für Kindertagesstätten gestritten, denn schon bei den Kindern soll nach dem Willen der CDU sozial ausgewählt werden. Wir sind dagegen aufgetreten, dass die CDU die Sparkassen der kleinen Leute abschaffen wollte. Wir haben für sozialverträgliche Kommunalabgaben gestritten. Wir haben mit dafür gesorgt, dass im Dürrejahr 2003 sächsische Bauerinnen und Bauern ihre Existenz nicht verloren haben. Wir meinen: Es gibt auch ein Menschenrecht auf Widerstand, und zwar immer dann, wenn es ungerecht zugeht und das solidarische Prinzip der Gesellschaft mit Füßen getreten wird. Wir meinen sogar, Widerstand ist dann Pflicht.

Die Industriegesellschaften durchlaufen einen atemberaubenden Wandel. Beinahe täglich gibt es Neuerungen mit grandiosen Folgen für den Weltmarkt, für die Technologie, die Kommunikation, Wissenschaft und die Mobilität des Menschen. Wir erleben eine explosionsartige Vermehrung des Wissens. Nur haben nicht alle gleichermaßen etwas davon. Jedenfalls nichts Gutes. Zum Beispiel die Einwohnerinnen und Einwohner von Heuersdorf können dem Begriff „ökolo-

gischer Wandel“ durchaus etwas Schönes abgewinnen, die Braunkohlengruben dagegen eher nicht. Arbeitslose finden im Internet vielleicht Zerstreuung, nicht aber neue produktive Möglichkeiten. Dafür werden sie jedoch digital verwaltet, kontrolliert und geschurigt. Schon erscheint Fortschritt oft als Bedrohung! Zumal die Regierenden sich aus den globalen Veränderungen ihre Argumente holen, um die sozialen Bedingungen Lohnabhängiger, Arbeitsloser und Rentner zu verschlechtern. Das nennen sie dann „Reformen“.

Natürlich braucht Deutschland Reformen! Doch die „Reformen“, die Deutschland jetzt erlebt, nennen wir Betrug. Denn sie lösen nicht eines der Probleme, die zu lösen sie vorgeben. Kein Arbeitsplatz wird durch sie neu geschaffen, die Renten werden nicht sicherer, es gibt weiter eine medizinische Versorgung für Begüterte und eine für den Rest. Diese „Reformen“ bekämpfen nicht die Krise, sondern sie bekämpfen Menschen. Deshalb leisten wir Widerstand. Widerstand und Alternativen – das ist unser Programm.

Wie wäre es mit einer Gesundheitsreform, nach der sich alle Bürgerinnen und Bürger, die Einkommen beziehen, an den gesetzlichen Krankenkassen beteiligen – beispielsweise in einer Bürgerversicherung? Wie wäre es mit einer Reform, die die medizinische Versorgung der Profitmachelei durch die Pharmakonzerne entzieht? Wie wäre es mit einer Reform, die den öffentlichen Verkehr zu einer preiswerten Alternative zum Auto macht? Wie wäre es mit einer Bildungsreform, die insbesondere Kinder aus einkommensschwachen Familien fördert, damit an den Universitäten nicht – wie Tucholsky sagt – aus Regierungsräten immer wieder Regierungsräte werden? Und wie wäre es mit einer Sozialreform, die mit Beiträgen erworbene Ansprüche sichert, statt sie zu verschleudern? Wie wäre es mit einer ökologischen Steuerreform, deren Einnahmen für den sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft und die Schaffung neuer, zukunftsfähiger Arbeitsplätze eingesetzt werden? Wie wäre es schließlich mit einer Reform, die dafür sorgt, dass die Wirtschaft für den Menschen da ist – und nicht der Mensch als Verfügungsmasse für die Wirtschaft erhalten muss? Es ist viel zu tun!

Fortsetzung auf Seite 9

Von Manfred Bols

Weimar im Juli 2004

Aktuelle Eindrücke aus der europäischen Kulturstadt des Jahres 1999

Elke Heidenreich nennt den Buchautor Roger Willemsen für die unbestechliche Beschreibung von Menschen und Situationen in seinem Bestseller „Deutschlandreise“ einen Dichter. Willemsen bereiste auf seiner Suche nach dem Wesentlichen im Alltäglichen viele Städte, aber nicht Weimar. Um die Stadt der nun gewissermaßen zu Kollegen gewordenen großen Vertreter der klassischen deutschen Literatur, machte er, warum auch immer, einen Bogen.

Weimar, „besten und schlechtesten Ort deutscher Geschichte“, wie Anna Seghers schrieb, ist seit jeher umstritten. Auch seine Gegenwart fordert immer wieder zur Stellungnahme heraus. Die Stadt ist ständig Veränderungen unterworfen. Das Reiterstandbild des Großfürsten Carl August von Sachsen-Weimar-Eisenach, des Förderers, Freundes und Gebieters von Goethe, hat man vom „(Bau)Platz der Demokratie“ in den Park an der Ilm versetzt. Dort steht es nun gegenüber dem riesigen pechschwarzen Kubus, einer postmodernen Spielstätte, die bereits vor Jahren vom Schlosshof ins Grüne verbannt wurde. Der heroisiert dargestellte, lorbeerbekränzte Feldherr weist mit der rechten Hand auf das Unikum, als wollte er wie einst Goethe sagen: „Übermütig sieht's nicht aus.“

Des Herzogs sterbliche Überreste liegen in der Fürstengruft in einem Prunksarkophag und diesem schräg gegenüber die Eichenholzsärge der von ihm selbst geadelten Dichturfürsten Goethe und Schiller. Ihnen hat er, wie auch andere „Blaublütige“, die Aufmerksamkeit zu verdanken, die ihm noch heute zuteil wird. Der Adel hat auch in Weimar starken Aufwind.

Über der Schillerstrasse, dem breiten Prachtboulevard Weimars zwischen Markt und Theaterplatz, ist ein riesiges Transparent gespannt. Nein, kein Aufruf gegen Erscheinungen des Neonazismus in Weimar. Es macht aufmerksam auf „Ihre kaiserliche Hoheit“ – Maria Pawlowna – Zarentochter am Weimarer Hof. Diese hatte 1804 den Erbprinzen Carl Friedrich geheiratet und gilt wegen ihres Engagements für die Kunst und Weimar als eine der „Powerfrauen“ der fürstli-

chen Zeit. Anlässlich der 200. Wiederkehr des Hochzeitstages wird nun im Schlossmuseum ihre Mitgift gezeigt, eine Sammlung wertvoller Schmuckstücke und anderer Gegenstände, vom Zaren einst dem russischen Volke abgepresst und nach dem Fest 1804 mit 80 Wagen von Petersburg nach Weimar transportiert. Vielleicht könnte man diese oder jene der Kostbarkeiten verkaufen, um damit die Aufführung einiger Schiller'scher

Dramen am Nationaltheater im Mai 2005 anlässlich dessen 200. Todestages zu finanzieren. Das groß angekündigte Vorhaben wurde kürzlich kleinlaut wegen Geldmangels abgesagt.

„Am Golde hängt doch alles“. Die Weimarer Klassik will sich aus Sparsamkeitsgründen in Zukunft auf Kernbereiche konzentrieren. Aber auch im Kleinen werden die „roten Zahlen“ sichtbar. Das Goethe-Haus ist nicht in der Lage, den dahingegangenen alten Filmprojektor zu ersetzen, mit dem früher den Besuchern ein einführender Film zum großen Dichter gezeigt wurde; von den Fensterläden am Schillerhaus blättert die Farbe flächendeckend ab; die Überwachung der Besucher in der Fürstengruft erfolgt durch die Billetverkäuferin, die



immer mal um die große vergitterte Luftöffnung kreist und hinunterlinst. Alle Museen der Weimarer Klassik haben übrigens auch am Wochenende geöffnet, die Albert-Schweitzer Begegnungsstätte mit Ausstellungsräumen über das Leben des großen deutschen Humanisten und die Entwicklung seines Hospitals in Lambarene leider nicht. Immer wieder rütteln Interessenten am Sonntag vergeblich und kopfschüttelnd am Eingangportal. Der Urwald doktor muss das zum Glück

nicht mit ansehen. Er wendet der Tür – als Denkmal – den Rücken zu.

Im Nationaltheater, vor dem gleich groß gestaltet, die beiden Dichterefreunde ihre tolle Zusammenarbeit dokumentieren (Schiller war in Wirklichkeit länger als Goethe) war am 10. Juli Premiere von „Antigone“. Die Kunde von der andauernden Verlogenheit der Welt soll aber nicht besonders wirkungsvoll herüber gebracht worden sein.

Wenn man durch die Innenstadt lustwandelt, muss man sorgsam sein. Nicht wegen des historisch verbrieften Kopfsteinpflasters, sondern wegen der vielen Werbeaufsteller und Speisetafeln unzähliger Gaststätten. Aktuell sind gerade die ersten Pfefferlinge.

Die literarisch-musikalische Goethe-

stunde im Wittumspalais, dem Wittwensitz der Herzogin Anna Amalia, Gründerin der gleichnamigen herzoglichen Bibliothek, wurde leider gestört durch die Trommeln einer unweit operierenden Band. Und der die literarischen Passagen deklamierende Schauspieler kann im Zusammenhang mit dem Verhältnis Goethes zu der sehr schlanken Charlotte von Stein die Frage – „Hat er nun, oder hat er nicht?“ – auch nicht beantworten. Da war Christiane Vulpius, von der Carl August in grober Fehleinschätzung meinte, sie hätte „alles verdorben“, schon aus anderem Holze geschnitzt. Sigrid Damm hat ihr in ihrem sensationellen und aufwendig recherchierten Buch „Christiane und Goethe“ ein beeindruckendes Denkmal gesetzt. Wussten Sie übrigens, dass Christiane dem Dichter in der Zeit der französischen Besetzung Weimars das Leben gerettet hat (haben soll)? Danach habe er sie spontan geheiratet, wozu eine Museumsangestellte, die durch das Wohnhaus am Frauenplan führt, bemerkte: „Den hätte ich nicht mehr genommen!“

Das im gleichen Gebäudetrakt befindliche beeindruckende Nationalmuseum, das ein Panorama der Literatur, Kunst und Politik zwischen 1750 und 1850 bietet, wird leider weniger besucht, als das Haus, in dem man den Atem des großen Klassikers spürt.

Weimar wurde 1999 von der UNESCO zur Kulturstadt Europas erklärt. Trotz vieler Probleme – der Zunahme der kommerziellen Beherrschung der Museen, der Auseinandersetzung um die Gedenkstätte Buchenwald, der sozialen Spannungen aufgrund der unsozialen Politik der Regierung und neonazistischer Tendenzen – ist die Stadt ein kulturelles Kleinod geblieben. Viele Hunderte unter den oft gescholtenen Weimarer Bürgern haben durch die Gedenkstätten und zahlreichen Kunstsammlungen Lohn und Brot. Sie setzen sich ein zum Wohle der Stadt und ihrer Gäste. Man sollte ihnen, auch deshalb, den Wunsch, Weimarer und nicht Weimarer genannt zu werden, nicht zum Vorwurf machen.

Fortsetzung von Seite 8

Inzwischen gibt es in Sachsen kaum noch jemanden, der nicht schon einmal direkt oder indirekt von Arbeitslosigkeit betroffen war. Zahlreiche junge Menschen fliehen aus unserem Land. Sie stimmen über die herrschenden Verhältnisse mit den Füßen ab und laufen Politikern davon, die ihnen nicht helfen können oder wollen. Der Kapitalismus sah für viele in Ostdeutschland einmal rosig und verführerisch aus. – Der Lack ist ab!

Es ist höchste Zeit für Alternativen. Die herrschende Politik hat jegliches Vertrauen verspielt. Wir sind vom schwarzen Filz umgeben. Die Bürgerinnen und Bürger wollen aber keine Statisten in einer Parteibuchdiktatur sein. „Die Partei hat immer recht“ – das haben zu viele einst schon zu lange gehört. Es ist genug mit Vetterwirtschaft, „Freundschaftsdiensten“ und Korruption. Nicht zuletzt

deshalb musste der letzte Ministerpräsident sein Hüthen nehmen und nebst Gattin nach Hause gehen.

Rotzfrech bedienen sich CDU-Gewaltige selbst oder lassen sich bedienen – mal mit Traumkonditionen für ihre Immobilien, mal mit Steuermitteln für ihren Wahlkampf, mal an Dienstwagen der Polizei.

Die CDU ist die sächsische Stillstandspartei. Seit 1999 gab es keine wirksamen Innovationen mehr. Reformen wurden nur lauthals angekündigt – Funktionalreform, Verwaltungsreform, Polizeireform sind auf der Strecke geblieben. Ein Schulgesetz wurde verabschiedet, das aussieht, als habe es das Warnsignal von PISA nie gegeben. Die Staatsregierung hat keine Vision vom künftigen Sachsen. Wir setzen mit unserem Konzept auf Sachsen selbst, auf seine eigenen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Potenzen, auf eine Entwicklung aus eigener Kraft. Die Zukunft des Landes kann

doch nicht sein, sich auf Dauer alimantieren zu lassen. Zu unserer Vision von Sachsen gehören soziale Gerechtigkeit, soziale Gestaltung. Es kann nicht so weitergehen, dass vor allem „die kleinen Leute“ immer neue finanzielle Lasten tragen und immer wieder Verzicht üben müssen. Wir wollen ein Sachsen, in dem die Lebensleistungen der Einzelnen anerkannt und nicht entwertet werden.

Wir kämpfen gemeinsam mit den abhängig Beschäftigten für Arbeitszeiten und Einkommen, die ihnen Gestaltungsräume öffnen. Denn Leben ist mehr als Arbeit. Und Lohn muss mehr sein als ein Existenzminimum! Wir kämpfen gemeinsam mit den Erwerbslosen dafür, dass sie über ein Einkommen verfügen können, mit dem es sich leben lässt und für das sich niemand erniedrigen muss. Wir kämpfen darum, dass Frauen überall gleichberechtigt mitentscheiden. Frauen gehören endlich auch in Spitzenfunktionen – in der Regierung und in den Kom-

munen. Gemeinsam mit Jugendlichen stehen wir dafür ein, dass jede und jeder einen Beruf erlernen kann, dass es genügend Freizeit- und Sporteinrichtungen gibt. Wir streiten dafür, dass jedes Kind eine Kindertagesstätte und später eine Schule in seiner Nähe besuchen kann. Freilich können Sozialistinnen und Sozialisten auch nicht aus dem Vollen schöpfen. Doch Deutschland ist ein reiches, ein sehr reiches Land. Nur wenn die immer weniger Bemittelten etwas wollen, gibt es plötzlich immer weniger Mittel! Doch vor dem Können steht das Wollen. Wir wollen nicht das sozialistische Himmelreich und auch keine Schlummerrolle im Wolkenkuckuckshaus. Was wir wollen, ist keine Unverschämtheit, sondern das Menschenwürdige – ein Sachsen, in dem man gern, selbstbestimmt, selbstbewusst und sicher lebt.

Fortsetzung in der nächsten Ausgabe

Dreimal SPOTLESS

Der Berliner Mini-Verlag SPOTLESS ist klein, aber flink, oben drein mit seinen Themen einfallreich und mit seinem 5,10-€-Preis stolz darauf, seit 1991 keinen Pfennig oder Cent dazugelegt zu haben. Wer dieser Tage mehr über Olympia wissen will als nur, was in Athen alles misslingen könnte, sollte sich für

Olymische Episoden

entscheiden. Selten gelang jemandem auf nur 96-Seiten die Geschichte der Olympischen Spiele so umfassend darzustellen. Kein Lehrtext, sondern eben Episoden. Man erfährt, warum heute noch nach dem jüngsten Teilnehmer aller Spiele gesucht wird; wie es kam, dass deutsche Funktionäre den legendären Paavo Nurmi um seine Chance brachten, die 10. Goldmedaille zu erringen und ganz am Ende findet man auch noch die Liste der 50 erfolgreichsten Olympioniken aller Zeiten. Autor Klaus Ullrich weiß, worüber er schreibt – er war bei 17 Olympischen Spielen dabei.

Das Hannah-Arendt-Institut im Widerstreit politischer Interessen

Ein „sächsisches“ Thema aber Lesestoff bis zum Bodensee. Das Dresdner Polit-„Urgestein“ Prof. Horst Schneider hat die von der derzeitigen deutschen Obrigkeit so aufwändig geförderte Totalitarismusforschung „vor Ort“ seziiert und ist zu bemerkenswerten Ergebnissen gelangt. Er verzichtet auf Polemik mit denen, die sich in Dresden als „Spezialisten“ für dieses Gebiet ausgeben, aber bislang nur höchst oberflächliche Entdeckungen machten. Ein Buch, das jeden fesseln wird, den dieses Thema interessiert.

Theobald Tiger und der Stasikiller

Jens Berger widmet sich einem Ereignis, das an die Affäre des Hauptmanns von Köpenick erinnert: Bei Rheinsberg wurde im Morgengrauen ein Mann von verummten Spezialisten ergriffen und der Öffentlichkeit in lärmenden Schlagzeilen als „der Stasikiller“ präsentiert. Dem – so konstatierte der Autor – war nur mit dem unvergessenen Kurt Tucholsky beizukommen, weshalb er sich dessen Theobald-Tiger-Pseudonym erinnerte und deutlich macht, welche Strickmuster heute von den Medien bevorzugt werden. Wäre es nicht blanke deutsche Realität, könnte man das Ereignis als Kitsch abtun.

Alle drei Bücher zu bestellen bei SPOTLESS – Postfach 28830 – 10131 Berlin oder telefonisch 030 – 24009401 oder per Internet <http://www.spotless.de>

Wer den Code LN hinzufügt, bezahlt statt 18,30 nur 13 Euro inklusive Porto.

Allerorten baut vermeintliche oder (in den Stadtkassen) tatsächliche Geldnot weitere Prüfstände auf, auch für Opernhäuser, Orchester, Ballettschulen und Musikfeste in sächsischen Landen. Da erklärt der Leipziger Opernintendant – angesichts der Auseinandersetzungen um den Ballettchef Uwe Scholz und das Leipziger Ballett – in finsternen Zeiten stehe alles zur Disposition.

Im benachbarten Halle geht das Philharmonische Orchester in dem des Opernhauses auf, das heißt, es verschwindet. In der Sächsischen Landeshauptstadt Dresden erwägen für die Kultur Verantwortliche, die Dresdener Musikfestspiele als DDR-Überbleibsel abzuschaffen. Sogenanntes ökonomisches Denken

Steht die Kultur zur Disposition?

gewählter Volksvertreter lässt Kultur zu immer weniger bezahlbarer Ware werden. Ein Glück, dass das 261-jährige Gewandhausorchester wie die Semperoper zu den kaum antastbaren Prestigeobjekten zählt.

Dazu gehören für Leipzig auch Johann Sebastian Bach und für Halle Georg Friedrich Händel. Halle hatte in jüngster Zeit nur Schwierigkeiten mit der Zählung seiner Händelfeste, die erst seit 1952 alljährlich stattfinden und bis zum 50. im Jahre 2001 nummeriert wurden. Doch die

Stadt und das Land Sachsen-Anhalt sorgen bis heute für Internationalität und hohes künstlerisches Niveau. Das Niveau steht nur in der Regie in Frage. Während Sänger und das Händel-Festspielorchester auf aufführungspraktische Genauigkeit bedacht sind, wird die Opernszene billig aktualisiert. Diesmal wurde Hercules in die Nachbarschaft des filmisch eingblendeten Terminus katapultiert.

Solche Probleme ersparte Bach seinen Leipzigern, indem er keine Opern schrieb. Nummer-

ierungen gehen die seit 1999 alljährlich stattfindenden Bachfeste mit der um die jeweilige Jahreszahl ergänzten Bezeichnung „Bachfest Leipzig“ aus dem Weg.

Die Dresdener müssten vielleicht nicht um ihre Musikfestspiele bangen, wenn Carl Maria von Weber ein paar Opern mehr geschrieben und Wagner (ohne eigenes Kapital!) nicht in Bayreuth sein eigenes Festspielhaus gebaut hätte, wenn der einst berühmte Johann Adolf Hasse wieder ein Ansehen wie Bach und Händel gewinnen würde.

Vielleicht könnten diese drei Festspielorte aber auch durch Zusammenarbeit und Austausch einiges gewinnen.

• WERNER WOLF



„WERNER TÜBKE zum Gedächtnis – Arbeiten auf Papier“ nennt die Galerie am Sachsenplatz ihre gegenwärtige Ausstellung mit Druckgrafik und Zeichnungen des kürzlich verstorbenen Meisters. 1974 zeigte die Galerie erstmals Arbeiten Werner Tübkes. 1999 und 2002 folgten weitere Ausstellungen. Mit ihrer jetzigen Schau versteht sie sich als Teil einer kleinen Tübke-Ehrung an der des weiteren Bad Frankenhausen (bis 19. September), das Leipziger Zeitgeschichtliche Forum (bis 29. August und das Schloß Gottdorf (Schlewig, bis 26. September) beteiligt sind. Die auf Schloß Gottdorf gezeigten „Meisterzeichnungen“ werden zum Jahresende auch in Leipzig zu sehen sein.

Die Galerie am Sachsenplatz zeigt die Tübke-Arbeiten noch bis zum 31. Juli und dann nochmals vom 17. bis zum 28. August dienstags, mittwochs, freitags von 13-18 Uhr, donnerstags von 13-20 Uhr und sonabends von 11 bis 17 Uhr.

Klein-Venedig in Gohlis

Die Idee könnte auch von Edmund Stoiber (1941) stammen, doch schon Carlo Goldoni (1707-1793) hatte sie: Erhöhung der Wochenarbeitszeit, Arbeiten für Zwei, jeder zumutbare Job muss angenommen werden, auch Aushilfsarbeiten wie Koffertragen, Essen servieren und einfache Botendienste. Nur, dass Goldoni seinem Truffaldino wenigstens den doppelten Lohn gönnt.

Wolfgang Engel inszenierte vor der romantischen Kulisse des Gohliser Schloßchens den Klassiker *Der Diener zweier Herren*. Das schwül-heiße Wetter sorgte am Premierabend für Venezianisches Ambiente und erleichtert das Abtauchen in Truffaldinos Welt. Florindo, ein Turiner Edelmann, ist nach Venedig geflohen, nachdem er Federigo, den Bruder seiner Geliebten Beatrice, im Duell getötet hat. Beatrice reist ihm als Mann verkleidet nach. Truffaldino heuert bei beiden an, verwickelt sich in haarstäubende Situationen und verhindert fast bis zum Schluss die Begegnung beider Liebenden,

seiner „Herren“.

Engel geht handwerklich solide vor, lässt mit Gesang auflockern, vermeidet allzu billigen Klamauk und versucht trotz allen Sommerspaßes, einen Schuss Ernsthaftigkeit im Stück zu belassen, indem er Truffaldinos Forderung nach ein bisschen mehr „Fürsorge für die unteren Stände“ nicht unter die Bühnenbretter kehrt. Doch das gewisse, spritzige Etwas fehlt. Gleichwohl erlebte der Zuschauer einen zu Höchstform aufgelaufenen Christoph Hohmann als Truffaldino: fleißig gestikulierend, schlitzohrig aufgedreht, spitzbübisch deklamierend. Wie immer ein Genuss: Spiel und Gesang der bezaubernden Simone Cohn-Vossen als Smeraldina, Truffaldinos Liebschaft. Alles in allem ein solider Sommertheaterspaß.

• D. M.

Vorstellungen bis 14. August immer mittwochs bis sonntags jeweils 20 Uhr, sonntags 18 Uhr. Karten kosten 11,50 bis 17 Euro

UNTERM STRICH

Flick-Skandal Teil II

Ab dem 22. September wird in Berlin die Kunstsammlung Friedrich Christian Flicks – dem Enkel von Hitlers Rüstungslieferanten – in den dem „Museum der Gegenwart Hamburger Bahnhof“ angeschlossenen „Rieckhallen“ präsentiert. Derzeit lässt der Kunstsammler für sieben Millionen Euro die ehemaligen Speditionshallen auf eigene Kosten für seine Kunstschau umbauen. Die circa 2500 Werke der Flick-Sammlung sollen hier als Leihgabe zunächst sieben Jahre gezeigt werden. Nach wie vor gibt es Kritik an der kommenden Berliner Kunstschau. Um den kritischen Stimmen den Wind aus den Segeln zu nehmen, will die Stiftung Preußischer Kulturbesitz zu der umstrittenen Berliner Ausstellung die Geschichte des NS-Rüstungslieferanten Friedrich Flick

wie die seiner Familie untersuchen lassen. Dazu, so der Präsident der Stiftung, Klaus-Friedrich Lehmann, wird das Institut für Zeitgeschichte in München die Rolle Flicks im Nationalsozialismus erforschen. In welcher Form die Ergebnisse veröffentlicht werden oder auch nicht, ist noch offen. Für die Forschung will der Enkel auch Material aus dem Familienarchiv zur Verfügung stellen. Die Besucher der Ausstellung sollen zudem eine kostenlose Zeitung mit einem Flick-Interview erhalten, in dem allein der Sammler seine Haltung zur Familiengeschichte und Entnazifizierung sowie sein Verhältnis zur Kunst darstellt. In der Ausstellungszeitung wird es

wohl kaum einen Hinweis geben, wie Urgroßvater Flick an sein Vermögen gekommen ist. Auch die Ausstellung ist frei von Vermögenshinweisen, so Stiftungspräsident Lehmann. Damit wird strickt – wen wundert es – zwischen der Geschichte des NS-Rüstungsindustriellen Flick und dessen in die Sammlung eingegangenen Vermögen unterschieden.

Die Kritik an der Flick-Kunst-Show – vom Sammler einmal geplant für die Stadt Zürich, die das Geschenk dankend ablehnte – geht weiter. Nach Salomon Korns offenen Brief (siehe LN 13'04), kommen in diesen Tagen neue kritische Anmerkungen von Michael Fürst, Mitglied des

Zentralrats der Juden in Deutschland. Fürst hält das Vorhaben einer wissenschaftlichen Aufarbeitung der Familiengeschichte der Flicks für die Kunstaussstellung für eine „Alibiveranstaltung“. Mit dieser Aktion gehe es lediglich darum, den „Kritikern Sand in die Augen zu streuen.“ Die wahren Absichten Flicks, so Fürst weiter, werden ähnlich verschleiert wie bei der Friedrich Christian Flick Stiftung „gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Intoleranz“. Auf Kosten des deutschen Steuerzahlers verfolge Flick mit seiner Sammlung konkrete wirtschaftliche Interessen. Das zeige sich auch daran, dass er seine Sammlung der „Stiftung Preußischer Kulturbesitz“ vertraglich entzogen hat.

• KARL-HEINZ WALLOCH

Aus Ärger Objektivitätsverlust

Ingo Wagner: Eine Partei gibt sich auf. Theoretisch-politische Glossen zum Niedergang der Partei des Demokratischen Sozialismus. edition ost Berlin 2004, 192 S., 9,90 Euro



Professor Ingo Wagner, der Autor, Jahrgang 1922, war viele Jahre an der Leipziger Karl-Marx-Universität als Hochschullehrer tätig. Er versteht sich als Marxist und war fast 60 Jahre Mitglied einer sozialistischen Partei

(zuerst SPD, dann SED, zuletzt PDS). Die Mitgliedschaft in der PDS hat er aufgekündigt aus Enttäuschung darüber, dass diese zu einer „Partei des kleinbürgerlichen Sozialreformismus mutierte“ und sich damit analog der SPD zum „Krankenpfleger am Siechbett des Kapitalismus“ entwickelt habe, damit habe sie (Buchtitel) sich selbst aufgegeben.

Seinen Ärger über die „Partei-rechten“, die diesen „Schwenk“ nach Meinung des Autors verschuldeten, bekommt der Leser

zu spüren, und da ist nachvollziehbar auch viel Herzblut dabei. In der Tat können die Programm-Querelen und das Verständnis der „Spitze“ von innerparteilicher Demokratie nur „unsäglich“ genannt werden. Zorn ist gewiß eine Triebkraft, doch als Kriterien für ein solches Buch ist zu fragen, ob und inwieweit „Objektivität“ und „Allseitigkeit der Betrachtung“ als (Marxsches methodisches Prinzip) dabei beachtet wurde, und was bzw. wen es erreicht. Dass der Autor die Übernahme

des Titels von Ch. v. Dittfurth (bei diesem auf die SPD bezogen) nicht begründet und das Titel-Logo in beispielloser Einfalt eigentlich das genaue Gegenteil des Gemeinten zeigt, soll hier nur erwähnt werden.

Wer sind, so fragt man sich, eigentlich die Adressaten, an die sich der Autor wendet? Gleichgesinnte werden ihm sicher bestätigend zunicken, aber denen sagt er nichts Neues, und die braucht er auch nicht zu überzeugen. Die Kritisierten dagegen werden das Buch (wenn überhaupt) unbeindruckt zur Kenntnis nehmen. Die in der Partei verbliebenen „Parteilinken“ mögen sich vielleicht darüber ärgern, dass ihnen hier die Rolle eines „Feigenblattes“ zugewiesen wurde, den „Sumpf“ dieser Partei zu verdecken. Dies alles nutzt und verändert nichts.

Bleiben noch die Jüngeren, die den Mangel an Selbstkritik im Buch bemerken und die sich (mit welcher Berechtigung auch immer) fragen mögen, warum Marxisten wie Wagner mit ihrem besseren Wissen und zu Zeiten, wo sie auch Macht besaßen, nicht die stalinistischen Deformationen und den Untergang des Realsozialismus zu verhindern (und sich danach in der PDS auch nicht durchzuset-

zen) vermochten. Darauf gibt ihnen das Buch ebensowenig Antwort wie nach dem „Wie?“ und „Wann?“ der verheißenen sozialistischen und kommunistischen Zukunft.

Warum also sollte man denen, die in der Vergangenheit mit ihrer Politik und ihren Prognosen offensichtlich gescheitert sind, heute besonders vertrauen? Und da der Spatz in der Hand der Taube auf dem Dach allemal vorzuziehen ist, werden viele Wähler der PDS, die zwar auch keinen klaren Weg in die Zukunft weiß, aber immer noch „links“ von SPD, FDP und CDU steht, aus Protest ihre Stimme geben. Insofern mag sie sich (ihre ursprünglichen Ziele) zwar aufgegeben haben, aufgelöst hat sie sich nicht und bekommt gegenwärtig sogar Rückenwind. Ob sie auch in der künftigen deutschen und europäischen Parteienlandschaft eine Chance und eine Perspektive hat, wird sich zeigen. Politik und Parteien sind bekanntlich wandelbar, und Marx selbst hat allzu selbstgerechten und gewagten Urteilen und Prophezeiungen stets sein „De omnibus dubitandum est!“ („An alledem ist zu zweifeln!“) entgegengesetzt.

• HEINZ SÄNGER

Klaus Hemmo: Der weite Weg nach Europa – Wir und unsere slawischen Nachbarn. Patmos-Verlag 2004. 240 S. mit 4 Karten, geb., 19,90 Euro

Klaus Hemmo hat einen Beitrag zur deutschen Kulturgeschichte geschrieben. In seinem neuen Buch „Der weite Weg nach Europa“ beschreibt der studierte Historiker, der in der deutsch-sorbischen Lausitz geboren ist, die Geschichte Deutschlands mit seinen slawischen Nachbarn. Er geht weit in die Geschichte vor dem Ersten und Zweiten Weltkrieg zurück, Jahrhundertelang vollzogen

sich im Osten Mitteleuropas zwei mit einander unvereinbare Prozesse. Zum einen die deutsche Ostexpansion, die im 18. Jahrhundert als preußische und österreichische Machtpolitik den polnischen Staat auslöschte. Und zum anderen der Kampf der beiden slawischen Nachbarvölker um ihren Nationalstaat. Noch heute sind die traumatischen Erfahrungen aus allen Konflikten in den vergangenen Jahrhunderten nicht überwunden.

Hemmo erinnert an die Schlacht bei Liegnitz 1241, wo Deutsche

und Polen Seite an Seite zur Abwehr der Mongoleneinfälle kämpften. Er berichtet dass August der Starke und sein Sohn im 18. Jahrhundert das fruchtbare Miteinander polnischer und deutscher Künstler und Bauleute förderten. Besonders vertieft sich der Autor in die Geschichte der Sorben, der er ein besonderes Kapitel widmet. SS-Chef Himmler verfügte 1942 die Zwangsumsiedlung im Rahmen des berüchtigten „Generalplans Ost“. Hemmo verweist ganz offen auf die Absicht tschechischer Politiker, die

1945 die Lausitz von Deutschland zu trennen und der Tschechoslowakei anschließen wollten. Wäre das gelungen, würde die Grenze Tschechiens heute unweit von Berlin verlaufen.

Der Weg nach Europa ist noch weit. Die Regierungen Polens, Tschechiens und Deutschlands arbeiten bereits unter dem blauen Banner mit den goldenen Sternen. Wie die aktuellen Berichte erkennen lassen, sind die Völker noch unterwegs nach Europa, Für sie ist der weite Weg noch nicht zu Ende.

• FRANZ-KARL HITZE

Schwierige Freundschaften

Nach der Wehrmachtsausstellung

Hannes Heer: Vom Verschwinden der Täter. Der Vernichtungskrieg fand statt, aber keiner war dabei. Aufbau Verlag, Berlin 2004. 396 S., 22,90 Euro

Wovon läßt man sich beim Buchkauf anregen? Vom Titel und damit dem (vermeintlichen) Inhalt, vom Autor oder von einer Rezension. Bei Hannes Heer, dem Leiter des Ausstellungsprojektes „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1945“, glaubt man sofort zu wissen, worum es geht. Aber so einfach macht es einem der Autor nicht!

Das Buch gliedert sich in acht Kapitel. Ausgehend von der Geschichte der Wehrmachtsausstellungen und ihrer Wirkung

auf die Besucher stellt er im 2. Kapitel die Kriegstagebücher von Wehrmachtseinheiten den Kriegsaufzeichnungen eines Unteroffiziers gegenüber und belegt damit sehr gekonnt, dass bereits damals zielgerichtet die eigenen Verbrechen vertuscht wurden. Fortgesetzt wird diese Linie erst wieder im Kapitel 6. Hier werden Befragungen der Besucher der Wehrmachtsausstellung ausgewertet. Das ist sehr aussagekräftig, doch es stellt sich die Frage, warum eigentlich fast ausschließlich Äußerungen der Besucher in Wien ausgewertet werden. Was hatten die Deutschen in West

und Ost für Meinungen, denn die werden sich ja wohl von denen der Österreicher unterscheiden!

Und die anderen Kapitel? Sie befassen sich zwar auch mit dem Thema, sind jedoch Literaturanalysen. So geht es um Ernst Jünger und seine Auslassungen im und nach dem Krieg, um die Bücher von Heinrich Böll, Erich Maria Remarque und Peter Bamm unmittelbar nach dem Krieg und um die Mitschuldthese der Juden von Bogdan Musial. Schließlich setzt sich Hannes Heer mit Jörg Friedrich auseinander, der das wohl umfassendste Buch zu den

Bombardierungen deutscher Städte geschrieben hat. Das ist sehr interessant und beweist, dass der Autor tief lotet und dialektisch die Literatur in ihre Zeit setzt, aber für den Leser ist das Ganze sehr anstrengend (was nicht schlecht sein muss) und führt nicht gerade zu einer direkten Beantwortung dessen, was er nach dem Titel und Untertitel erwartet.

Zwei Probleme fallen noch ins Auge: Hannes Heer bringt es fertig, nicht ein Wort zur Literatur in der sowjetischen Besatzungszone und der DDR zu sagen. Und einen Unterschied zwischen den Besuchern der

Wege zu neuer Vollbeschäftigung

Dieter Klein: Zukunft statt „Reformen“. Arbeit für alle. Ein realistisches Konzept. Dietz Berlin 2004. 63 S., 6 Euro. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Texte 14

Während die dominierende Politik nicht einmal den Versuch macht, einen Weg zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit zu skizzieren und hilflos im Strom der Marktwirtschaft rudert, entwirft Klein in seinem Büchlein eine Strategie, die in sich völlig schlüssig und plausibel ist. Allerdings setzt sie voraus, jene Kräfte zusammenzuführen, die bereit sind, einige heilige Kühe kapitalistischen Wirtschaftens zu schlachten, vor allem, das Leitbild vom „Menschen als Kapitalanhang“ aufzugeben.

Nachdem der Autor einige Mythen neoliberaler Apologetik (zu hohe Lohnnebenkosten, zu hohe Unternehmenssteuern, ausufernder Sozialstaat) bündig ad absurdum geführt und auch die Zweischneidigkeit von Wirtschaftswachstum als Lösungsformel nachgewiesen hat, erläutert er als Wege in die Vollbeschäftigung: Stärkung der Massenkaufkraft statt ihrer Beschneidung; Bindung der Sozialbeiträge der Unternehmen nicht mehr an die Beschäftigtenzahl, sondern die Wertschöpfung, um Arbeitsplatzschaffung zu stimulieren; da die Privatwirtschaft überfordert ist, muss der Staat mehr in Arbeitsplätze investieren; Stärkung der Position kleiner und mittlerer Unternehmen gegenüber den großen, u. a. durch Steuergerechtigkeit.

Das müsse einhergehen mit dem Erschließen zukunftsträchtiger Tätigkeitsfelder und mit Arbeitszeitverkürzung sowie gerechter Umverteilung von Arbeit – durch Neuordnung der Beziehungen von Erwerbsarbeit, Eigenarbeit, ehrenamtlicher Tätigkeit und Weiterbildung auf der Basis bedarfsorientierter Grundsicherung.

• G. L.

Wehrmachtsausstellung in den alten und den neuen Bundesländern scheint es auch nicht gegeben zu haben. Das aber steht im Widerspruch zu den Aussagen der Ausstellungsmacher. Und in der Auseinandersetzung mit Jörg Friedrich, der die anglo-amerikanischen Bombardierungen mit dem Holocaust gleichsetzt, begibt sich Heer in eine Argumentationskette, die schließlich die Flächenbombardierung verharmlost, wobei er sich eigentümlicherweise auf englische Quellen stützt und wiederum die ausgezeichneten Arbeiten des Osthistorikers Olaf Groehler gar nicht zu kennen scheint. Schade!

• DIETER KÜRSCHNER

KALENDERBLATT

Vor 100 Jahren geboren

Kurt Wagner

Vom Zuchthäusler zum General – so könnte man das Leben des Chemnitzer Kommunisten Kurt Wagner charakterisieren. Er wurde am 31. Juli 1904 in der Familie eines Gasarbeiters geboren, besuchte von 1911 bis 1919 die Volksschule und anschließend bis 1922 die Fortbildungsschule. Eine begonnene Lehre als Elektriker bei der Firma Gruhle konnte er nicht beenden und arbeitete darum in den krisengeschüttelten 20er Jahren als Spezialschleifer, Teppichweber und Wäscher in einer Wirkerei. Er war zeitweilig arbeitslos und verdiente sich ab Juli 1925 sein Geld als Beifahrer und Arbeiter in der Firma Bader. Schließlich fand er 1928 eine Arbeit bei der Chemnitzer Straßenbahn und konnte hier ab 1928 doch noch einen Beruf erlernen, er wurde Steinsetzer. Während dieser Zeit begann seine aktive politische Tätigkeit. Er besuchte Verammlungen und Veranstaltungen der KPD und wurde 1932 Mitglied der Partei. Aus diesem Grund wurde er auch im April 1933 fristlos von der Straßenbahngesellschaft entlassen. Fast zwei Jahre war er nun arbeitslos und widmete sich voll und ganz der illegalen Arbeit der Partei in Chemnitz, anfangs als Kurier im Stadtteil Chemnitz-Nord, später als Org-Leiter der illegalen Bezirksleitung Chemnitz der KPD.

Am 28. März 1935 wurde Kurt Wagner verhaftet. Im folgenden Prozess wurde er wegen Hochverrat zu 10 Jahren Zuchthaus und Wehrunwürdigkeit verurteilt. Bis 24. April 1945 blieb er im Zuchthaus Waldheim inhaftiert.

Sofort nach der Entlassung begab er sich in seine Heimatstadt Chemnitz, die zu diesem Zeitpunkt noch von den Amerikanern besetzt war. Hier wurde er vom Stadtkommandanten mit dem Aufbau der Kriminalpolizei beauftragt und war vom 8. Mai bis zum 15. Juli Kriminaldirektor in Chemnitz. Er begann mit der Suche nach den aus dem Zuchthaus Waldheim freigelassenen Kriminellen und den Aufsehern.

Im Auftrag Hermann Materns und in Abstimmung mit Generalleutnant Trufanow, dem Stadtkommandanten von Leipzig, wurde Kurt Wagner am 16. Juli 1945 Polizeipräsident von Leipzig. Diese Funktion übte er bis zum 16. September 1946 aus. Hier leistete er Großes bei der Überwindung der Nachkriegsnot, beim Aufbau der Polizei und bei der Verfolgung von Nazi-Verbrechern, Schwarzhändlern und Kriminellen.

Nach seiner Tätigkeit in Leipzig war er bis zum 30. Oktober 1949 1. Vizepräsident der Deutschen Verwaltung des Innern,

Vor 90 Jahren

Die Arbeiter haben am Vorabend des Krieges nicht versagt

Die Leipziger Arbeiterschaft und der drohende erste Weltkrieg (Teil 3)

Die Furcht vor der Entschlossenheit breiter Teile der Leipziger Arbeiterschaft, gegen den unmittelbar drohenden Kriegsausbruch in Aktion zu treten, veranlasste den Rat der Stadt, den vom Leipziger SPD-Bezirksvorstand gestellten Antrag auf Genehmigung der Kundgebung auf dem Meißplatz am 29. Juli 1914 abzulehnen. Daraufhin berief der SPD-Bezirksvorstand unter dem Druck der enorm gesteigerten Erregung der Partei- und Gewerkschaftsmitglieder für diesen Tag neun Kundgebungen gegen den drohenden Weltkrieg ein.

„Sofort nach Bekanntwerden des Verbots der Kundgebung auf dem Meißplatz verständigten sich die Genossen Georg Schumann und Willi Langrock, die damals in der Leipziger Volkszeitung arbeiteten und deshalb sehr schnell unterrichtet waren. Sie riefen noch am gleichen Abend eine Anzahl Genossen zusammen“, wie es in einem Bericht darüber heißt. „Es wurde festgelegt, alles zu unternehmen, damit dennoch eine machtvolle Demonstration zustande komme.“ Anschließend gingen die Teilnehmer der Beratung in die Ortsvereine der Partei, um ihre Absicht zu erläutern. Die Empörung unter den Funktionären war aber derartig groß, dass die Aufforderungen der Genossen Schu-

mann, Langrock, Zipperer, Ulbricht, Hentschel, Schöbel und anderer, nach den Versammlungen zu demonstrieren, auf den denkbar fruchtbarsten Boden fiel.“

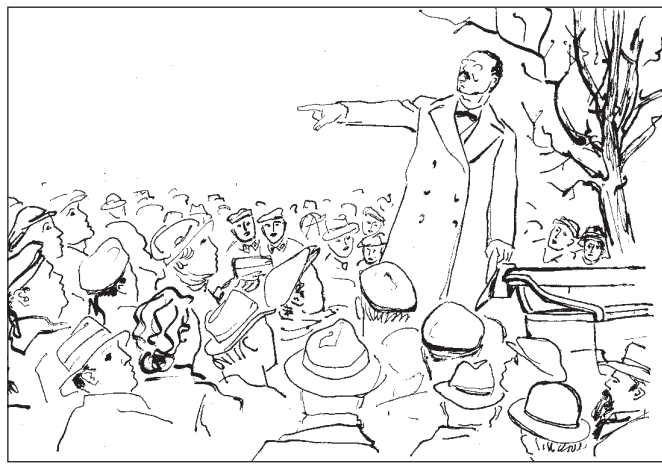
Die Kundgebungen, die im „Volkshaus“, „Schützenhaus“, „Albtaggarten“, „Schloßkeller“, „Deutschen Haus“, „Felsenkeller“, „Neuen Gasthof“ zu Gohlis, in der „Goldenen Krone“ in Connewitz und den „Westend-Hallen“ stattfanden, waren überfüllt. Tausende erregte Menschen fanden keinen Einlass mehr. Der Wille, alles in den Kräften stehende gegen die Kriegsgefahr zu tun, bestimmte die Atmosphäre in und vor den Kundgebungsstätten.

Wie abgesprochen und gründlich vorbereitet, gelang es den konsequentesten linken Kräften, überall im Anschluss an die Versammlungen Demonstrationen zu formieren, und unter dem Gesang von Arbeiterkampfliedern und den Hochrufen auf den Frieden zogen die Versammlungsteilnehmer in gewaltigen Marschsäulen nach dem Stadtinneren. Die Dynamik dieser Demonstration schildert, wie sie Leipzig in einer solchen Wucht und Größe bis dahin noch nicht erlebt hatte, schrieb die LVZ am Tag darauf: „Die Massen haben gesprochen, die Massen sind marschiert, die Massen haben in

den Straßen der Stadt die Kampflieder der Arbeiterklasse gesungen, die Massen haben demonstriert. Wuchtig, dass die Scheiben der Fenster klirrten, sind ihre Lieder, sind ihre Rufe ertönt: Hoch der Friede! Hoch die internationale Verbrüderung der Völker! Nieder der Krieg! Und schwarz drängten sich die Massen – ein endloser Zug, ein geschlossener Kreis von Menschenleibern, der keine Lücke aufwies, bewegte sich um das Viertel zwischen Rathaus, Neumarkt, Reichsstraße, Brühl, Goethestraße, Augustusplatz, Rossplatz, Königsplatz. Eine Kette, in der kein Glied fehlte, in der jedes Glied von einem, von dem selben Gedanken be-seelt war. Es war eine Demonstration von einer Wucht, von einem Ernst, von einer Größe, vor der jeder Versuch der verkleinernden Lüge ersticken muß. Wer angesichts der gewaltigen Scharen, vor denen die Schätzung versagt, noch leugnen will, dass die Mehrheit, die große überwiegende Mehrheit der Leipziger Bevölkerung gegen den Krieg ist, dass sie leidenschaftlich den Frieden fordert, der wird nichts anderes erzielen, als sich lächerlich zu machen.“

Diese Aktion gegen den drohenden imperialistischen Weltkrieg verkörperte die besten Traditionen der revolutionären Arbeiterbewegung Leipzigs. Sie trägt mit dazu bei, die Geschichtslüge zu widerlegen, dass die Massen am Vorabend des ersten Weltkrieges versagt haben und die Bewilligung der Kriegskredite durch die SPD-Reichstagsfraktion dem Willen der Massen entsprochen hat. Wie sich jedoch in den Tagen danach das politische Geschehen in Leipzig entwickelte, lesen Sie dazu im Teil 4 in unserer Ausgabe 16. • KURT SCHNEIDER

Karl Liebknecht gegen den Krieg
Bleistiftzeichnung Lovis Corinth



Berlin, mit dem Dienstgrad Generalinspekteur, verantwortlich für den Aufbau und die Zentralisation der Schutz-, Wasser-schutz- und Kriminalpolizei sowie der Feuerwehr.

Von Oktober 1949 bis Oktober 1950 besuchte Kurt Wagner einen Sonderlehrgang in der UdSSR. Danach wurde er Kommandeur der Dienststelle Hohenstücken der Hauptverwaltung Ausbildung (HVA).

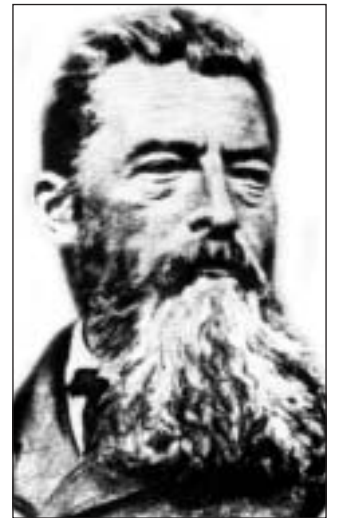
Ab 10. Januar 1952 war Inspekteur Wagner Chef der Verwaltung Operativ und Stellvertreter

des Stabes der HVA, danach Chef der Verwaltung Operativ und Stellvertreter des Chefs des Stabes der Kasernierten Volkspolizei (KVP). Von 1955 bis 1957 besuchte er die Akademie des Generalstabes der Streitkräfte der UdSSR und arbeitete vom 1. Dezember 1957 bis 15. Oktober 1959 als Chef des Militärbezirks III (Leipzig) der NVA, wo er großen Anteil am Ausbau der Garnison hatte. Dabei stand er wiederholt in Auseinandersetzungen mit dem 1. Sekretär der SED, Paul Fröhlich.

Als bewährter Antifaschist und Verfolgter der Nazis war er einer der wenigen, die diesem auch offen Paroli bieten konnten.

Nach dem Einsatz in Leipzig wurde Kurt Wagner Stellvertreter des Ministers für Nationale Verteidigung, zuständig für Ausbildung. Diese Tätigkeit übte Generaloberst Wagner, hochgeachtet, bis zum Eintritt in die Rente am 14. März 1967 aus. Seinen Lebensabend verbrachte er als Rentner in Strausberg, wo er am 8. Juli 1989 verstarb.

• DIETER KÜRSCHNER



Befreiende Wirkung

Am 28. Juli 1804 wurde Ludwig Feuerbach geboren

„Wir alle waren momentan Feuerbachianer“, schreibt Engels 1841 nach Erscheinen der Feuerbachschen Schrift „Vom Wesen des Christentums“ im Leipziger Verlag Otto Wigand und nennt ihre Wirkung befreiend. Sie wurde zum Impuls für die Überwindung der idealistischen Enge und der Hegelschen Dialektik, lenkte den Blick auf die Materialität der Welt. Im Mittelpunkt von Feuerbachs Denken stand die theoretische Begründung eines antifeudalen Menschheitsideals, das ihn zum ideologischen Wegbereiter der bürgerlich-demokratischen Revolution 1848/49 in Deutschland werden ließ. Seine größte philosophische Leistung lag auf dem Gebiet der Religionskritik. Nach Feuerbach widerspricht die Religion der Verwirklichung der natürlichen Vernunft des Menschen, wenn die Menschen ihr Denken, Fühlen und Wollen auf Gott übertragen, und nicht selbst die Verantwortung dafür übernehmen. Feuerbach zeigt, dass die Prozesse der Natur materiell determiniert sind, dass die christliche Religion irdischen Ursprungs ist, dass nicht Gott den Menschen, sondern der Mensch sich Gott schuf.

Wegen seiner philosophischen Religionskritik wurde ihm der Anspruch auf eine Professur verwehrt. 1870 trat er der Sozialdemokratischen Partei bei.

Feuerbach ebnete den Weg für die materialistische Erneuerung der Philosophie – ungeachtet eines wesentlichen Mangels seiner Weltanschauung: „Soweit Feuerbach Materialist ist, kommt die Geschichte bei ihm nicht vor, und soweit er die Geschichte in Betracht zieht, ist er kein Materialist.“ (Marx) In Marx' „Thesen über Feuerbach“ werden die materialistischen Ansätze des Philosophen konsequent fortgeführt. Engels würdigte in „Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie“ (1886) dessen bedeutenden Anteil an der Herausbildung der marxistischen Philosophie. • SCH./L.



Von
KLAUS HUHN

Der Sport liefert jede Stunde Neuigkeiten, erfreuliche und schlechte. Wenn wir heute mit der bittersten beginnen, dann gilt sie dem Turner Ronny Ziesmer, der im Training nach einem Tsukahara mit Doppelsalto so unglücklich landete, dass er einen Halswirbelbruch erlitt und Schädigungen des Rückenmarks. Er wird für den Rest seines Lebens vom Hals an gelähmt bleiben. Eine furchtbare Mitteilung: Ziesmer war wohl mit einigen Gedanken schon in Athen, wo sich sein Lebenstraum erfüllen sollte, einmal an Olympischen Spielen teilzunehmen. Den erschütterndsten Kommentar hörte man vom Trainer vor der Fernsehkamera: Einige stockende Worte, sonst nichts. Die Bundesregierung, die gern Telegramme verschickt, wenn irgendwo Gold für Deutschland gewonnen wurde, ließ nichts von sich hören. Wer je selbst Sport trieb, wird mehr als einen Gedanken an Ziesmers Schicksal verwendet haben. Man hat dazu aufgerufen, dem einer ungewissen Zukunft Entgegenlebenden mit Spenden zu helfen. LN ist selbst auf Spenden angewiesen, ihr ehrenamtlicher Rentner-„Sportchef“ hat 100 Euro überwiesen. Nicht viel für diese Not, aber vielleicht ein Signal guten Willens und der Solidarität.

Die nächste Nachricht kann auch kaum Freude verbreiten. Es geht um die Erinnerung an Werner Seelenbinder, dessen Hinrichtung durch ein faschistisches Fallbeil sich in diesem Jahr zum 60. Mal jährt. Im www.leipziglexikon konnte man über das für alle Zeiten in den Chroniken zu findende Zentralstadion nachlesen: „An der Südseite des Stadions steht der 43 m hohe Werner-Seelenbinder-Turm, der als Glockenturm diente und die Flammenschale trägt ... Seit dem Jahr 2000 wird das Zentralstadi-

on zu einem reinen Fußballstadion ... umgebaut ... Hauptgebäude und Glockenturm sollen dabei erhalten bleiben.“ Die Formulierung „sollen“ musste stützen lassen. Die Skepsis war begründet, denn eines Tages wurde der einst in Stein gehauene Namenszug des Olympioniken Seelenbinder entfernt, und als der Neubau nun festlich eröffnet wurde, war die

war. Deshalb begnüge ich mich mit einigen Daten, die auch ein Börsenreporter hätte vermitteln können. Bis vor ein paar Tagen hatten 18 deutsche Bundesligaklubs 62,13 Millionen Euro für 115 neue Spieler bezahlt. Wer sich die Sache einfach macht und den Durchschnitt zu errechnen versucht, gerät auf eine schiefe Bahn, denn 75 Prozent der gehandelten

Sportkolumne

Über Ziesmer, Seelenbinder, Täve und einiges mehr

Anlage „seelenbinderfrei“. Zum ersten Mal tauchte da der Gedanke auf: Welch Glück, dass die Olympiabewerbung gescheitert war, denn wer hätte einem IOC-Mitglied die Frage beantworten sollen, warum der Name eliminiert wurde? Die „Begründung“, Seelenbinder sei ein überzeugter Kommunist gewesen und deshalb nicht mehr „in“, hätte garantiert zu einem politischen Skandal geführt und Leipzig in ein höchst unolympisches Bild geraten lassen. Wir sollten uns für Seelenbinder engagieren.

Ich fahre fort mit meinen Nachrichten und melde: Gustav Adolf Schur, auch bekannt als „Täve“, hat jüngst bei den Kommunalwahlen für seinen Sitz in der Gemeindevertretung Biederitz/Heyrothsberge 711 Stimmen bekommen. Auf Rang zwei kam für die CDU Dr. Ulrike von Arnim ein – allerdings mit nur 404 Stimmen. Mithin: Täve siegt noch immer ...

Nun könnte ich endlich zum Sport an sich kommen, aber so emsig ich auch meine Nachrichten sortierte, „Sport pur“ war immer noch nicht fällig. Die größte einem deutschen Rekord gewidmete Schlagzeile galt nicht einer erzielten Laufzeit oder einer übersprungenen Distanz, sondern einer Euro-Summe. Erzielt wurde sie beim Verkauf des brasilianischen Fußballspielers Lucio von Bayer Leverkusen an Bayern München mit 12 Millionen. Ich habe es mir abgewöhnt, die Verdienste der Kickerstars in Stundenlöhne umzurechnen, weil die verständliche Empörung vieler Arbeitsloser oft sehr heftig

Kicker waren „ablösefrei“, also gar nicht auf dem „ersten“ Fußballmarkt im Angebot. Ganz am Rande: Neulich enthüllte mal wieder ein altbundesdeutscher Sporthistoriker voller Empörung die „perverse“ Tatsache, dass in der DDR einst die Fußballmannschaft von Empor Lauter nach Rostock „umgesetzt“ worden war. Pfuui! Der FC Nürnberg verkaufte 15 Spieler – einige weiter als nach Rostock – und kaufte elf neue. Bravo!

Einige Vereine kümmerten sich nicht so sehr um bessere Stürmer oder Verteidiger, sondern um die Kasse. Borussia Dortmund zum Beispiel verkaufte Frings nach München, sparte aber im übrigen – keine Neuerung. Aber wenn die neue Saison beginnt, haben alle ihre frischen Trikots auf dem Körper und nirgendwo steht da geschrieben, von wo der Neueinkauf kam. (Ich habe immer mal wieder mit der Vergangenheit zu kämpfen: Erinnern Sie sich noch der Proteste und Eingaben, wenn im „Unrechtsstaat“ ein Spieler von Magdeburg nach Karl-Marx-Stadt wechseln sollte?)

Im übrigen ist natürlich überall von Olympia die Rede. Der Handball-Cheftrainer Heiner Brand hat bereits wissen lassen, dass er seinen Schnurrbart nicht abrasieren lassen wird, wenn Deutschland Gold holt. Diese Variante hätte sich nach der Europameisterschaft erledigt. Was ich andeuten will: Man hält intensiv Ausschau nach potenten Medaillenkandidaten. Die scheinen nicht sonderlich zahlreich zu sein. Am klügsten ist es wohl, Beckenbauer zitieren: „Schau'n mer mal!“

TELESKOP

Botschafter des Kapitals

„Die Medien sind auf neoliberalen Kurs. Der Sozialstaat soll sturmreif geschossen werden“, heißt es in der jüngsten Ausgabe des Monatsmagazins der IG Metall „metall“. „Die Drahtzieher, die den Abbau des Sozialstaates im Visier haben, halten sich im Hintergrund. Ihre Lautsprecher (Journalisten, Wissenschaftler und Prominente) verkünden ihre Botschaften im Fernsehen oder in den Printmedien.“

Die Drahtzieher sind nicht unbekannt. Sie sitzen in der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ (INSM), eine Gründung der Unternehmerorganisation „Gesamtmetall“. Für die ersten fünf Jahre verfügt die INSM über 50 Millionen Euro, mit denen entsprechende Kampagnen organisiert werden.

„Um die Herzen und Köpfe der Bevölkerung zu erreichen, kann nichts dem Zufall überlassen werden. Profits sind gefragt für die ‚Massage des öffentlichen Bewusstseins‘. Mit unserem alten Politikverständnis hat das nichts mehr zu tun. Politik wird bei der INSM von Werbeformen gemacht. Mit zehn Millionen Euro im Rücken lässt sich die Lobbyarbeit für den Arbeitgeberverband und die Wirtschaft leichter machen. Genutzt werden dabei alle Medien: Anzeigen in Zeitungen, Interviews, Filme, Internet, Hörfunk. ‚Integrierte Kommunikation‘ nennen Kommunikationsfachleute ein solches Vorgehen. ... Flankiert wird diese Truppe, die angetreten ist, das Land zu verändern“, von „Botschaftern“, deren Aufgabe es ist, „ihre Bekanntheit einzusetzen“ schreibt „metall“: „Sie gehören inzwischen zu den Stammbesetzungen der Talkshows Sabine Christiansen oder Maybritt Illner. Damit schaffen sie es, Themen auf die politische Tagesordnung zu setzen und das Meinungsklima allmählich zu prägen. Ausgearbeitet werden die Kampagnen von der Werbeagentur Scholz & Friedl in Berlin. Sie ‚designen‘ nicht nur die Anzeigen, sondern ist auch mit strategischer Beratung behilflich.“ Fünf bis sieben Millionen sehen allein Woche für Woche die Christiansen-Show ...

„Wer Claus Schenk von Stauffenberg war, was er wollte und was er bewirkt hat“, schrieb dieser Tage *Das Parlament*, „darüber gehen die Meinungen weit auseinander ... Ein Ende der Kontroversen ist nicht in Sicht.“

Die Gründe für gravierend unterschiedliche Sichten auf den 20. Juli 1944 liegen vor allem in den ungleichartigen Motiven und Zielen der Verschwörer, deren gegensätzlichen Vorstellungen über die künftige Gestaltung Deutschlands nach Hitler bzw. nach dem Faschismus sowie im widerspruchsvollen Traditionsverständnis der Bundesrepublik Deutschland, wovon der jüngste Filbinger-Skandal zeugt.

Während nur einige der Verschwörer von Anfang an das NS-Regime ablehnten, war die Mehrzahl – von denen nicht wenige in die Verbrechen der Faschisten massiv verstrickt waren – erst nach der erkennbar heranreifenden vollständigen militärischen

Niederlage Hitlers an dessen Beseitigung interessiert. Von einem Handeln aus „Gewissensnot“ konnte keine Rede sein. Gemeinsam war den allermeisten von ihnen die Ablehnung von Republik und Demokratie.

Auch Stauffenberg bejahte zunächst die völkischen Ideen der Nazis. Zu Beginn des Krieges vom militärischen Siegesgefühl überwältigt, fühlte er sich jedoch bald – wenn auch nicht widerspruchsfrei – aus ethisch-moralischen Gründen von der brutalen faschistischen Kriegsführung im Osten, die sich auch gegen die Zivilbevölkerung richtete, zutiefst abgestoßen. Das traf auch auf seine Haltung zum Antisemitismus der Nazis zu.

Stauffenberg ragte nicht nur durch seinen Mut, sondern auch durch sein Ablehnung

des deutsch-nationalen Konservatismus Carl Goerdelers und durch seine Bejahung einer bürgerlich-sozialdemokratischen Allianz aus dem Kreis der militärischen Verschwörer heraus. Er fand im Sozialdemokraten Julius Leber einen engen Freund und Vertrauten, der dem Kreisauer Kreis angehörte – ein Zentrum von antinazistischen Kräften unterschiedlicher sozialer Herkunft sowie politischer und weltanschaulicher Zugehörigkeit unter Leitung von Helmut Graf von Molke – und Kontakte zur kommunistischen Widerstandsgruppe um Anton Saefkow hatte. Damit weitet sich der Blick auf Stauffenberg, der zwar noch von den Vorstellungen eines „heiligen Deutschland“ befangen war, aber dennoch einem demokratischen Deutschland nahestand.

Der 20. Juli 1944

Der 20. Juli 1944 war weder die „Stunde der Offiziere“ noch der „Aufstand des preußischen Adels“ gegen Hitler. Seine Akteure waren – im Unterschied vor allem zur kommunistischen und sozialdemokratischen Widerstandsbewegung – letztlich Einzeltäter, nicht repräsentativ für ihre eigene soziale Gruppe. Dieses Ereignis zur Ausgrenzung oder Kleinredung anderer Widerstandsbewegungen politisch zu instrumentalisieren, verbietet sich allein schon aus moralischen Gründen. Der 20. Juli 1944 ist das Symbol für einen Teil des deutschen Widerstandes. Daher war er auch nicht „Endpunkt“ des deutschen Widerstandes, wie Helmut Kohl kürzlich in der FAZ behauptete.

Jeder, der wann und wo auch immer Widerstand gegen die faschistische Mörderdiktatur geleistet hat, verdient ein ehrenhaftes Gedenken. Dazu gehört auch der 20. Juli 1944. • KURT SCHNEIDER

Liebe Rahel Springer, zum 80. Geburtstag

gratulieren dir Vorstand und Mitglieder des Bundes der Antifaschisten e.V. – Sitz Leipzig ganz herzlich. Noch viel Gesundheit und Schaffenskraft!

Wir nehmen dieses Jubiläum zum Anlass, dir für dein langjähriges Engagement als Antifaschistin in verschiedensten Funktionen und bei unterschiedlichsten Aktionen zu danken. Zusammen mit deinem Mann Ernst hast du maßgeblichen Anteil an der Gründung unseres BdA Leipzig vor über 11 Jahren. Als langjährige Geschäftsführerin verdanken wir dir eine Vielzahl von Veranstaltungen. Gleiches gilt für deine Arbeit als Leiterin unserer Bibliothek des Antifaschismus.

Einen Großteil deiner Tätigkeit hast du stets in die Arbeit mit der Jugend investiert – als gefragte Gesprächspartnerin in Schulen und auf Konferenzen, als Organisatorin von Fahrten in die Gedenkstätten ehemaliger Konzentrationslager im In- und Ausland und schließlich als Ratgeberin und Unterstützerin für so manche Veranstaltung und Aktion jugendlicher Antifaschisten.

Auch wenn dir und Ernst aufgrund gesundheitlicher Probleme in der letzten Zeit etwas Zurückhaltung auferlegt war, habt ihr unsere Arbeit weiter verfolgt und uns so manchen guten Rat gegeben.

Dafür möchten wir dir, liebe Rahel – und ebenso Ernst, euch gibt es nun einmal nur im sympathischen Doppelpack –, nochmals ein großes Dankeschön sagen. Wir wünschen uns noch viele gemeinsame Aktivitäten.

**VORSTAND UND MITGLIEDER DES
BUNDES DER ANTIFASCHISTEN E.V. - SITZ LEIPZIG**



Rahel, wir von LN stoßen mit deinem Lieblingstee auf deinen 80. mit an! Du Prachtmensch brauchst nichts weiter zu tun, als so zu bleiben, wie du bist. Prost!

Foto: Wart

Unsere geliebte „Sitzredakteurin“ wird 80

Irgendwie kam das überraschend. Diese jugendliche Frau! Nein, so was!

Nun drücken wir dich natürlich um so fester an unsere männlichen und weiblichen Brüste und danken dir, dass du seit dem ersten Tag der Existenz von Leipzigs Neue deinen guten Namen, deine sozialistisch-kommunistische Gesinnung und deine jüdische Gelassenheit dafür hergibst, damit wir im Impressum einen unangreifbaren Namen zu stehen haben. Für eine linke Zeitung ist so etwas sehr wichtig.

Apropos *Sitzredakteurin*. Der Begriff stammt aus der alten proletarischen Presse. Da nie sicher war, ob der staatlichen Zensur ein Beitrag aufstoßen würde und einer dafür sitzen musste, hatte man den Extra-Posten geschaffen. Rahel hätte dieses Opfer tatsächlich für uns auf sich genommen, nur damit wir in Ruhe unser Blatt produzieren können. Auch für diesen Mut und dieses Vertrauen sind wir dir zu tiefem Dank verpflichtet.

DEINE LN-TRUPPE

Ist die deutsche Einheit zu einer Geldfrage geworden?“ Diese Frage stellte Jürgen Schmude (Ende der siebziger Jahre Bildungs- und Anfang der achtziger Jahre Justizminister in der Regierung Helmut Schmidts) als Moderator am Anfang einer Podiumsdiskussion am 11. Juli 2004 in Dresden. Das Gespräch fand anlässlich des 98. Geburtstages des Dresdners Herbert Wehner im Ballsaal des Orpheum statt, einem traditionsreichen Ort der Dresdner Arbeiterbewegung. Das Podium war mit Franz Müntefering, Dr. Hans-Jochen Vogel (1990 Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion), dem DGB-Funktionär Hanjo Lucassen und dem sächsischen

Von Prof. Horst Schneider

Landesbischof i. R. Johannes Hempel (1971 bis 1994) hochkarätig besetzt. Unter den etwa 150 anwesenden SPD-Funktionären tummelten sich Prominente wie Greta Wehner, die SPD-Landtagsabgeordnete Jurk, Kunckel und Nolle und die Bundestagsabgeordnete Renate Jäger.

Das Eingangs-Statement Jürgen Schmudes konzentrierte sich auf die Frage, was den Westdeutschen die „Osthilfe“ von 100 Milliarden Euro bedeutet und wie das Kommunen – Gelsenkirchen als Beispiel – schmerzt. Das Problem für ihn war also: Ruiniert der „Solidarpakt“ den Westen?

Müntefering schloss sich mit langen Ausführungen zur Globalisierung an, ohne seine Definition vorzutragen. Hätte ich anfangs gewusst, dass er mit dem Begriff jede echte Diskussion abwürgt, hätte ich die Verwendung des Wortes zu zählen versucht. Jedenfalls trüge die Politik Schröders der Globalisierung Rechnung, weshalb es zu ihr keine Alternative gäbe. Für Müntefering ist also die Globalisierung à la Schröder eine Art Allmächtiger, dessen Willen man nicht widersprechen dürfe und solle – zum eigenen Besten. Eine seiner Drohungen hieß: „Soziale Gerechtigkeit kann man auch im Armenhaus haben.“ Der erste und einzige im Podium, der auf die „Befindlichkeit“ Ostdeutscher aufmerksam machte, war der Vertreter es DGB, Hanjo Lucassen:

- Die soziale Einheit sei ins Wanken geraten.

Podiumsdiskussion in Dresden zum 98. Geburtstag von Herbert Wehner

Ruiniert der „Solidarpakt“ den Westen?

- Viele Ostdeutsche fühlten sich in einer „Sonderregion“.
 - Die Jugend sehe im Osten keine Perspektive und gehe in Scharen weg.
 - Bei Langzeitarbeitslosen im Osten gäbe es bei Hartz IV eine völlig andere Situation als im Westen.
 - Die „Zuschauerdemokratie“ im Osten sei gefährlich.
 - Das Wahlverhalten drücke die tiefe Unzufriedenheit mit der Politik aus.
- Wenn nach Lucassens Beitrag Fragen nach den Ursachen und Auswegen erörtert worden wären, hätte die Diskussion noch nützlich und interessant werden können. Aber Dr. Hans-Jochen Vogel hatte seine eigene

und der Abstimmung zum Wiederaufbau teilgenommen hatte, weiß ich: Es ging darum, ob die Ruine als Mahnung an Krieg und Faschismus und Erinnerung an die Bewegung „Schwerter zu Pflugscharen. Frieden schaffen ohne Waffen!“ bleibt oder nicht. Sowohl der katholische als auch der protestantische Pfarrer stimmten bei der namentlichen Abstimmung gegen den Wiederaufbau. Wenn Vogels Wertung stimmen würde, wäre z. B. zu fragen, warum in Coventry die zerstörte Kathedrale Mahnmahl bleibt. Aus Freude an Tod und Zerstörung? Falls Vogel einem Rat zugänglich ist: Er möge mit der Bahn Richtung Pirna fahren und sich von den

Vogel staunte, dass die Freude an der Einheit verpufft sei, und wünschte sich mehr Dankbarkeit. Er verwies auf die Wiedererrichtung der Dresdner Frauenkirche als „Symbol des Aufbaus“. Sie beweise: „Das Leben ist stärker als der Tod, der Aufbau stärker als die Zerstörung.“

Wenn Vogels Wertung stimmen würde, wäre z. B. zu fragen, warum in Coventry die zerstörte Kathedrale Mahnmahl bleibt. Aus Freude an Tod und Zerstörung?

Sicht auf die Dinge. Und da er schon vor 1989 so mutig war, oft privat in die DDR zu reisen, hatte er auch ein Rezept parat: Statt die Mundwinkel resigniert nach unten hängen zu lassen, sollten die Deutschen sie freudig und stolz heben (auf Clinton und Bush als Vorbilder verwies er nicht). Vogel staunte, dass die Freude an der Einheit verpufft sei und wünschte sich mehr Dankbarkeit. Er verwies auf die Wiedererrichtung der Dresdner Frauenkirche als „Symbol des Aufbaus“. Sie beweise: „Das Leben ist stärker als der Tod, der Aufbau stärker als die Zerstörung.“

Hier mische ich mich ein. Da ich als Stadtverordneter an den Auseinandersetzungen

Einheimischen erklären lassen, was in den Industriebrachen zu beiden Seiten der Bahn vor 1989 produziert wurde, ehe sie „blühende Landschaften“ unter wucherndem Unkraut wurden. Welche Rolle Vogel 1990 spielte, als Hunderttausenden DDR-Bürgern die Arbeit, das Lebensideal und die Zukunftschancen mit brachialer Gewalt genommen wurden, war ihm kein Wort wert.

Landesbischof i. R. Johannes Hempel war der einzige Sachse im Podium. Wer ihn und sein auch internationales Wirken aus den siebziger und achtziger Jahren kannte, erlebte eine tiefe Enttäuschung. Hempel erklärte sich zum „unpolitischen Men-

schon“, der großen Respekt vor Politikern habe, weil sie das tun, was er nicht könnte. Im Widerspruch zu Müntefering plädierte er dafür, „Grenzen des Wachstums“ zu beachten. (Damit war nicht die Begründung gemeint, die der Club of Rom vor 30 Jahren im Hinblick auf die Ressourcen abgab.)

Nun hatte Vogel seinen Beifall erheischenden Auftritt: *Eine* „Grenze des Wachstums“ müsse durch die Gewerkschaften erkämpft werden: die Bezüge der Aufsichtsräte müssten begrenzt werden. Dass er damit die Zustimmung der meisten „Ossis“ hat, dürfte sicher sein, aber hat er auch seinen Kanzler gefragt, der die „Richtlinien der Politik“ bestimmt? Da Podiumsgespräche von denen bestritten werden, die vorn sitzen, ist die Gefahr, dass Anfragen und Einwände stören könnten, gering. Am Ende fehlt die Zeit.

Immerhin: Der schwergewichtige Karl Nolle wies an Daten aus Sachsen nach, dass die Folgen von Hartz IV in Berlin nicht bedacht wurden und in Sachsen katastrophal sein werden. Müntefering „klärte“: Die Kassen sind leer, beim Bund, bei den Ländern, in den Kommunen. Die SPD-Abgeordnete Renate Jäger (vor 1989 in einem Institut für Lehrerbildung tätig) machte darauf aufmerksam, dass es in der DDR auch Positives (Polikliniken, Kinderkrippen und Tageserziehung) gegeben habe. Hat sie das auch Anfang der neunziger Jahre gewusst und gesagt?

Ein junger Mann wagte es, auf die Tradition und die Verantwortung der SPD gegenüber den einfachen Menschen hinzuweisen. Müntefering bürstete ihn ab, er habe den Prozess der Globalisierung nicht verstanden.

Wer in der Annahme in die Veranstaltung ging, dort würden Ansätze einer Analyse der Lage der Menschen im Osten und Lösungsvorschläge erörtert, wurde enttäuscht. Fragen der Kriegsteilnahme, der Aufrüstungspflicht (die in der EU-Verfassung festgelegt ist) und deren soziale Folgen wurden ohnehin mit keinem Wort erwähnt.

Aber im Leben Herbert Wehners gab es nicht nur die „Godesberger“ Linie, sondern in seiner Dresdner Zeit vor 1933 auch das Beispiel, wie er mutig und erfolgreich gegen Kriegstreiberei und unsoziale Politik opponierte. Daraus ist zu lernen.

Carl-Schorlemmer-Apotheke



Inhaber:
FSD PhR Friedrich Roßner
Fachapotheker für
Allgemeinpharmazie
Karlsruher Straße 54
04209 Leipzig

Telefon (03 41) 4 22 45 58
Arzneimittel-Information
Arzneimittel-Abgabe

Telefon/Fax (03 41) 4 12 71 91
Büro / Apothekenleiter

Für Sammler neu zusammengestellt

- 240 Seiten für Sammler neu zusammengestellt: Beiträge aus dem Feuilleton von LEIPZIGS NEUE zu Jubiläen und Gedenktagen, zu Autoren und Büchern sowie zu Höhepunkten und Entwicklungen im Leipziger Kulturleben – ergänzt durch ein Register aller in den Texten genannten Personen.
- Bei uns 2 Euro preiswerter: Leser von LEIPZIGS NEUE können diese interessante Publikation zum Vorzugspreis von 11,50 Euro plus 2,30 Euro Versandkosten erhalten.

Bestellungen richten Sie bitte an:
LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig
Telefonische Bestellungen unter 0341 – 21 32 345
E-Mail: leipzig_neue@t-online.de

- Auf Wunsch signieren Ihnen Top-Autoren dieses Büchlein



Polnische Ostsee, deutsche
Hotelpension 22,00 € ÜF
Tel.: 00 48 91-3 81 11 72, www.hs.ta.pl

ISOR e. V.

Isor e.V. führt Beratungen für Rentner und angehende Rentner durch, die Mitarbeiter der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR waren. Die Sprechstunden finden an jedem vierten Mittwoch des Monats von 16 bis 18 Uhr im Stadtteilzentrum Messemagistrade, Straße des 18. Oktober 10a, 04103 Leipzig, statt.

Unsere Genossin
Ilse Fröhlich
wurde am 19. Juli
70 Jahre.
Wir wünschen ihr
Gesundheit und alles
erdenklich Gute

Die Genossinnen und
Genossen der
PDS-Basisorganisation
Löbnig II

Zum
70. Geburtstag
am 4. August
gratulieren wir unserer
Genossin
Erika Schulze
herzlich und danken ihr
für ihre nimmer müde
Finanzarbeit

BO Löbnig III

BUCHHANDLUNG RIJAP

Literatur für SIE

Im August neu bei uns:

Volker Kluge: Das Sportbuch DDR.
Eulenspiegel, 19,90 Euro

Richard A. Clarke: Against All Enemies. Der Insiderbericht über
Amerikas Krieg gegen den Terror. Hoffmann & Campe, 19,90 Euro

Gabor Steingart: Deutschland – Der Abstieg eines Superstars.
Piper, 13 Euro

Wir beschaffen jedes lieferbare Buch.

Wir liefern in Leipzig frei Haus! In alle anderen Orte Sachsens
für geringes Porto!

Bestellen Sie per Telefon, Fax oder Internet
☎ 0341 - 9 11 01 70, Fax: 0341 - 9 11 01 71
www.buchhandlung-rijap.de

In Leipzig finden Sie uns in der

Filiale Axispassage
04159 Georg-Schumann-Str. 171

Filiale Eutritzscher Zentrum
04129 Wittenberger Str. 83

Filiale Büchermarkt Mockau Center
04357 Mockauer Str. 123

Frauenkultur e. V.

Leipzig, Windscheidstr. 51

28. 8., 20.30 Uhr: Die in den Projekten – Konzert, Film, Party mit Leipzigerinnen einzelner Frauenprojekte. Anschließend Bettina Schelker in concert: Rock'n Roll und Poesie

bis 24. 8.: **SELBIGE BILDER** – viel Öl, wenig Blei ... der Leipziger Malerin CHRISTIAN SELBIG

Aktive Senioren

Leipzig, Bernhard-Göring-Str. 152

Walking mit den Aktiven Senioren Leipzig! Montags, 16. Uhr, Sportsaal der Filatow-Schule, (nahe S-Bahn-Station Karlsruher Straße) Anmeldung unter 2 52 14 51.

Malen und Zeichnen: Mal- und Zeichentechniken erlernen, donnerstags 14.45 Uhr, Haus der Bernhard-Göring-Str. 152, Raum 203.. Information: Telefon 2 52 14 51



Bund der Antifaschisten e.V., Leipzig

Wir laden ein zum **Sommerfest**
am **Sonnabend, 28. August, ab 14.00 Uhr**

in der **Margarete-Blank-Gedenkstätte in Panitzsch**

mit Beiträgen der "Freitagswerkstatt", Buchverkauf, Spiele und Basteln für Kinder, Infostand, Kaffee und Kuchen, Grillen u. v. a.

Da die LVB mit dem Fahrplanwechsel an Wochenenden ihre Buslinie nach Panitzsch einstellen, steht ab 13 Uhr ein Großtaxi ab Richard-Wagner-Str. (gegenüber Leipzig Tourist) zum Kostenbeitrag von 5 Euro pro Person (Hin- und Rückfahrt) zur Verfügung. Interessenten für das Taxi melden sich bitte bis 25. 8. schriftlich beim BdA, Eisenacher Str. 72, 04155 bzw. per E-mail: bdaLeipzig@web.de



**AYURVEDA
Lichtkristall**
an der
Michaeliskirche

**Massagen und Öl-Anwendungen
für ein umfassendes Wohlbefinden**

Antje Abou Khalil
Inhaberin

Balzastr. 5, 04105 Leipzig
Tel.: 0341 / 22 36 021
Funk: 0179 / 77 16 733

Konzern-Sponsoring über die Werbung?

Das funktioniert bei einem linken Blatt aus
beiderseitiger Abneigung nicht.
Alljährliche Preiserhöhungen muten wir
Ihnen nicht zu.

**Finanzieren müssen wir
uns dennoch!**

SPENDEN an:

**Projekt Linke Zeitung e. V.,
Sparkasse Leipzig, Konto: 11 50 11 48 40 –
BLZ 860 555 92, Kennwort: Spende für LN**

**Übrigens: LN ist auch ein feines
Geschenk für Freunde, Bekannte,
Nachbarn ...**

Bestellschein

LIEFERANSCHRIFT:

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

evtl. Telefon

RECHNUNGSANSCHRIFT

(nur extra auszufüllen, wenn dies ein
 Geschenkabonnement ist

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Das Halbjahresabonnement kostet 13 Euro.

Solidaritätspreis: Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum
Halbjahrespreis von 13 Euro zusätzlich 5 Euro.

Ausgefüllten Bestellschein bitte an

LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig schicken

Die Zeitung erscheint vierzehntäglich und
wird über die Post zugestellt. Das Abonne-
ment verlängert sich jeweils um ein halbes
Jahr, wenn ich es nicht bis 1 Monat vor
Bezugsende in der Redaktion kündige.

- Ich bitte um Rechnung
 Ich bezahle durch Bankeinzug

Geldinstitut

BLZ

Kontonummer

Kontoinhaber

Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers

Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung
(Datum Poststempel) widerrufen.

2. Unterschrift des Auftraggebers

Die Rechtschreibreform hat Jahrestag

Keine Gewinnnummer

Es war helllichter Tag. Trotzdem waren die Rollladen im Balllokal heruntergelassen. Die Balletttänzerin Laura Kammacher lag, nur mit einem Stofffetzen bekleidet, auf einem Bettuch. Neben ihr saß der genussüchtige Schwimmmeister der benachbarten Fitnessschule, Paul Satttrinker, und aß ein Stück Delikatessschinken. „Du mit deiner Fresssucht“, meinte das Mädchen. „Ich werde bald einen Sperrriegel am Kühlschrank anbringen.“ Paul wischte sich die Hände mit einem Wollappen ab und blickte grübelnd auf ein Stillleben an der Wand, worauf eine Stalllaterne und Kommissstiefel zwischen Brennesseln zu sehen waren. „Es gibt Schlimmeres“, sagte er, griff nach einer Klemmmappe und begann aus einer geheimen Verschlussache vorzulesen: Unsere Kongressstadt kann nicht mehr über

die Passstraße versorgt werden. Auch die Flussschiffverkehrsbehörde musste die Flotte ihrer „Nussschalen“ stilllegen. Es fehlt an Krepppapier, Schmuckblattelegrammen, Metallack, Geschirreiniger und Kaffeersatz. Die Bestellliste ist lang. Ein Fußballländerspiel, die Eisschnelllaufveranstaltung und das Wettturnen mussten abgesagt werden. Im Balllokal und in der Fitnessschule werden die Touristen ausbleiben.

„Wir sollten einen Schlusstrich ziehen“, meinte Laura erschüttert.

Auch bei Paul war längst die Kontrolllampe erloschen. Eine Stresssituation!

Auf der Flusssandbank fand man beide, in Kunststoffolie gehüllt und von Nassschnee bedeckt.

Welch ein Schrittempo! So schnelllebig ist die Zeit.

• MANFRED BOLS

Leipzigs FRÉCHE

Unser künftiger Ex-Bundeskanzler, der ab 2006 möglicherweise arbeitslos wird, stellt sich heute schon auf die dann auch für ihn geltenden Hartz-IV-Gesetze ein. Demnach wird es Arbeitslosen untersagt sein, Edellimousinen zu besitzen. Nur der Besitz eines angemessenen Kleinfahrzeuges ist noch erlaubt.



Bisher: Eine Familie.



Ab 2005: Bedarfsgemeinschaft.

Wanderungen durch Neufünfland

Unlängst den Harz ansteuernd, flüsterte uns einer zu, in Schwanebeck sei eine tolle Party im Gange, zu der nicht einmal Einladungen verschickt wurden. Die „Frau Doktor“ feierte ihr 40-jähriges Berufsjubiläum und konnte einmal erleben, wie beliebt sie ist. Über Stendal, Tangermünde und Karl-Marx-Stadt kehrte sie 1984 in ihren Heimatort Schwanebeck zurück, leitete dort die Staatliche Arztpraxis und machte sich 1991 „selbstständig“. Die da mit Blumenstrauß oder kleinen Präsenten gekommen waren, schwärmten von Frau Zeibig, und zwar nicht nur über ihr ärztliches Können, sondern auch über ihre Warmherzigkeit, die man heutzutage in den „Expresskliniken“ so oft vermisst. Auch der Bürgermeister kam, allerdings mit nicht ganz fröhlicher Miene, denn „Frau Doktor“ wird dem-

nächst ihren Blutdruckmesser weg- und die Praxis zuschließen. Der andere Arzt im Ort kann die Patienten nicht alle übernehmen, sollten nicht Wartefristen von Monaten zur Gewohnheit werden.

Wir wanderten weiter und grübelten: Was soll daraus werden? Als Ärzte aus der DDR verschwanden, formulierte man in Bonn politische „Jubelnachrichten“. Was schreibt man heute? Ehe wir darauf eine Antwort fanden, kamen wir nach Quedlinburg – und da fehlt sogar der Amtsarzt. Künftig soll der Amtsarzt aus dem Nachbarkreis Halberstadt aushelfen, aber man äußerte Bedenken: „Da sind amtshoheitliche Maßnahmen wahrzunehmen!“ Jemand schlug vor, die Kreise Halberstadt, Quedlinburg, Wernigerode, Aschersleben-Staßfurt, Bördekreis und Sangerhausen sollten einen „Zweckverband“ bil-

den. (Brauchen sie dann alle zusammen nur noch einen Amtsarzt?) Wieder hatte jemand was zu meckern: Ehe die Computer umgestellt seien, verginge viel Zeit.

Wir suchten das Weite und sahen schockiert in Magdeburg Männer schussichere Westen anlegen. Man beruhigte uns: Es seien nur Angestellte einer russischen Firma, die an der Elbe jetzt Mietschulden eintreiben. Das Unternehmen hat keine Hemmungen: „Unsere Firma baut auf die Angst!“ 2003 trieben sie 35 000 Mal allein rund um Magdeburg fällige Zahlungen ein. In schussicheren Westen und gern in gebrochenem Russisch. Im Harz sind sie noch nicht aufgetaucht. Da wäre – siehe oben – mancherorts nicht mal ein Arzt in der Nähe ...

• KLAUS HUHN

64001 DP AG Postvertriebsstück Gebühr bezahlt
Projekt Linke Zeitung e. V., Braustraße 15, 04107 Leipzig

FUNDSACHEN

In vielen italienischen Wohnzimmern ist der Duce wieder ständig präsent. In seinem Geburtsort gibt es ein gut besuchtes Museum. Im Lande hat sich eine 600 Mann starke Garde gebildet, die eine tägliche Ehrenwache am Grabe Mussolinis organisiert. Die Regierung Berlusconi tut nichts dagegen.

3sat 23. 6.

Die Angeklagten im Prozess gegen die Herrn Esser, Ackermann und andere argumentieren damit, dass Konzernvorstände in den USA 500 000 Dollar in einer Woche verdienen. Man kann doch aber sein Verhalten nicht mit dem Verhalten einer Räuberbande in einem anderen Land entschuldigen.

DLF 23. 6.

In den USA leben mehrere Millionen strenggläubiger Fundamentalisten. Tom White ist einer der Anführer der „Stimme der Märtyrer“. Sie wollen die Iraker zum Christentum bekehren. „Wir treten als Touristen auf, färben uns die Haare, kleben uns Bärte an.“

16 Millionen Baptisten in den USA schicken die meisten Missionare. Präsident Bush: „Die Freiheit ist Gottes Geschenk, wir kämpfen gegen die Mächte der Dunkelheit. Unsere Missionare wollen das christliche Königreich schaffen.“

ARD Panorama 24. 6.

Wir leben in der BRD in einer Rette-sich-wer-kann-Gesellschaft. Das Wunder von Bern, diese aufgebrezelten Pappkameraden, sollen uns wieder aufrichten.

Geht es der Nation schlecht, werden die Röcke kürzer.

Bush ist der beste Präsident, den sich Osama bin Laden wünschen konnte.

Alles DLF 26. 6.

Frage an Präsident Bush: „Beraten Sie sich bei wichtigen Entscheidungen mit Ihrem Vater?“ Antwort: „Ich habe einen höheren Ratgeber.“

DLF 29. 6.

• GEFUNDEN VON
MANFRED ERBE

An der Universität des Lebens hat die Opportunistische Fakultät den größten Zulauf, dennoch gibt es keinen Numerus clausus.

REINHARD LOCHNER

Leipzigs NEUE

Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e.V.,
V.i.S.P.: Rahel Springer

Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig,
Tel./Fax: 0341 / 21 32 345
E-Mail: leipzig_neue@t-online.de
Internet: www.leipzig-neue.de
Einzelpreis: 1 Euro, im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben): 13 Euro

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung:
Ralf Fiebelkorn, Büro- und Verlagsservice,
Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig.
Tel./Fax: 0341 / 21 32 345

Anzeigen, Werbung: BERG-digital, Hans-Jürgen Berg, Ziegelstraße 7c,
04420 Markranstädt. Tel.: 034205/18 010,
Fax: 034205/18 062 E-Mail:
bergpr@web.de

Druck: Rollenoffset-Kiel GmbH

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:
20. Juli
Die nächste Ausgabe erscheint am
5. August